NACHRICHTEN AUS DEM WIDERSTAND — alle 14 Tage aktuell

# Abatt

Projekt Zweitageszeitung minus 84 nummer

> (15/89) 3. Oktober 1989

Preis: öS 10. –

Wien

# Hungerstreik für tiergerechte Paragraphen und für menschengerechte Medizin

Das Thema »Tierversuche« ist dieser Tage wieder einmal aus dem Dornröschenschlaf erweckt worden. Seit dem 21. September befinden sich einige TierschützerInnen anläßlich der parlamentarischen Debatte über die Tierversuchsgesetzesnovelle im Hungerstreik. Die Dis-

kussion wird dann und wann öffentlich geführt, aber nicht sehr dauerhaft, und auch nur dann, wenn sich einmal HundebesitzerInnen ihres Lieblings beraubt sehen und fürchten müssen, daß er den Profitinteressen eines Industrieunternehmens geopfert worden ist.

Fortsetzung Seite 2

# Außerdem:

Landtagswahlen in Vorarlberg Seite 3

**Diplomatische Offensive der FMLN** 

Seite 11

Daimler-Benz und Deutsche Bank bauen einen neuen Rüstungskonzern Seite 12

Die Situation der schwarzen Bevölkerung in den USA

Seite 15

Neue Serie:

Hoppala – Auf den Spuren des prärevolutionären Treibens des Mathias N.

Der Fortsetzungskrimi im TATblatt Seite 17

u.v.a.

Impressum Seite 24



Düsseldorf / 24. Oktober: §129a-Prozeß gegen KurdInnen beginnt

(aus Arbeiterkampf)

Nachdem bereits im Oktober 1988 die Anklage erhoben wurde, ist sie jetzt vom Oberlandesgericht in Düsseldorf zugelassen worden. Am 24. Oktober beginnt der Prozeß gegen die 19 KurdImen wegen angeblicher Mitgliedschaft/Unterstützung einer terroristischen Vereinigung nach §129a. Die vermutete Prozeßdauer: Zwei Jahre! Das Verhandlungsgebäude in Düsseldorf wird mit einem Kostenaufwand von sieben Millionen Mark zum Staatsschutzbunker umgebaut.

Zugelassen sind auch alle Anklagen vom Chef der Bundesanwaltschaft Rebmann wegen angeblicher Straftaten im Libanon. Das bedeutet, daß hier ein bundesdeutsches Gericht erstmals über angebliche Straftaten von AusländerInnen in anderen Staaten (ver-)urteilen will.

Zum Anklagekonstrukt sagten die VerteidigerInnen in ihrer Presseerklärung vom 20. 4. 89: "Juristisch ist die Anklage in einer Weise konfus und unfundiert, daß wohl keine 'gewöhnliche' Staatsanwaltschaft derartige vorlegen könnte." Gemeint ist damit, daß ganz offensichtich das Vorliegen einer "terroristischen Vereinigung" nach §129a bewiesen werden soll. Die PKK als Partei kann aber als Auslandsvereinigung nach geltendem Recht in der BRD nicht mit dem §129a belangt werden, deshalb versucht die Anklage angebliche "Teilorganisationen" der PKK als "Teilvereinigung" in der BRD zu präsentieren. Eine genaue Bezeichnung des Verbandes und Konkretisierung seiner Arbeitsweise als "Vereinigung" fehlt in der gesamten Anklage.

Fortsetzung Seite 10

#### **Einkauf ohne Schmerz**

(Fortsetzung von Seite 1)

(Bürgerinitiative gegen Tierversuche; 1101, Postfach 57)

Ob das jetzt das Haarshampoo oder die Zahnpasta ist, die Hautcreme oder der Lidschatten, der Lippenstift oder das Sonnenöl, unsere Wasch- und Putzmittel, Schuhcremes, Lacke — all das beginnt seine Entstehungsgeschichte im Versuchslabor. Die drei am häufigsten verwendeten Testarten sind dabei der Draize-Test, der Hautreizungstest und der Toxitätstest.

Am Kaninchen wird der sogenannte Draize-Test (Schleimhautverträglichkeitstest) durchgeführt. Dabei wird ihnen die zu testende Substanz in die Augen geträufelt. Kaninchen eignen sich besonders gut dafür, da sie nicht in der Lage sind, die fremden Substanzen mit Tränen zu verdünnen. Zusätzlich werden ihnen mit Hilfe von Klammern die Augen offen gehalten, damit sie nicht blinzeln können. Die Chemikalien bewirken die langsame Zersetzung des Auges. Diese Prozessur dauert ca drei Tage und Nächte.

Eine andere Testmethode ist der Hautreizungstest. Dafür werden zB Mäuse, Meerschweinchen und Katzen verwendet. Das Fell wird ihnen geschoren, die Haut wird aufgeritzt oder abgezogen. Dann wird die Testsubstanz auf die Stellen aufgetragen. Dabei enstehen Blasen, Entzündungen oder offene Wunden. Die Tiere sind während der Tests in Gestellen festgeschnallt.

Beim sogenannten Toxitätstest wird die Giftigkeit einer Substanz überprüft. Die Versuchstiere bekommen die Stoffe injiziert, mittels einer Magensonde oder die Atemwege verabreicht. Die dadurch verursachten Krämpfe, Lähmungen und andere Vergiftungserscheinungen werden beobachtet. Es dauert einige Tage, bis die Tiere sterben bzw getötet werden, damit der Grad der Schädigung an Organen und Nervensystemen festgestellt werden kann.

Diese Tests werden nicht an einem Tier, sondern in einer Versuchsreihe von mindestens 6 Tieren, ohne Schmerzmittel oder Narkose, durchgeführt.

Hält man/frau sich vor Augen, daß solche Versuchsreihen täglich, zB für jeden neuen Nagellack-Farbton, gestartet werden, kommt einem/r das Gruseln. Was sich aber nach mittelalterlichen Foltermethoden anhört, ist die reale Basis für die Herstellung der meisten Produkte auf dem Kosmetik-, Wasch- oder Putzmittelsektor.

Freilich, diesen Endprodukten merkt man/frau nichts von ihrer düsteren Vergangenheit an. Sie werden hübsch verpackt und im Werbefernsehen von lauter netten Herrschaften angepriesen (vielleicht noch mit dem beruhigenden Hinweis, daß die Entwicklung des neuen Produkts »auf jahrelanger Forschung« beruht). Und im Supermarkt, wo es ganz normal ist, eines von

den dort angebotenen Waschmitteln aus dem Regal und mit nach Hause zu nehmen, erscheint einem/einer dann der Gedanke an Versuchslabors und verätzte Kaninchenaugen geradezu irreai. Professionell aufgebaut, die Scheinwelt vom »sauberen« Produkt.

Sieht man/frau hinter die Kulissen, erkennt man/frau als Beweggrund des Ganzen das Streben nach finanziellem Gewinn. Man/frau könnte auf Tierversuche nämlich sehr wohl verzichten. Es ist zB möglich, per Computer »Reaktionen« auf eine zu testende Substanz zu simulieren, die man/frau sonst am lebenden Versuchstier beobachten müßte. Eine andere Möglichkeit: Das Ausweichen auf isolierte Zell-, Gewebe- und Organkulturen. Aus Tests mit diesen Kulturen kann man/frau Rückschlüsse darauf ziehen, wie der Gesamtorganismus auf die Testsubstanz reagiert. Auf Versuche mit Pilzen, Mikroorganismen und Bakterienstämmen erfüllen den gleichen Zweck. Und obwohl der österreichische Gesetzgeber den Nachweis der Unbedenklichkeit von Kosmetika usw ganz allgemein fordert (und nicht Tierversuche vorschreibt), arbeitet nur eine geringe Anzahl der ErzeugerInnen mit den oben angeführten sogenannten »Alternativmethoden«. Der Grund: Tierversuche sind meist billiger: Einfacher sind die meistens auch als die relativ neuen Alternativmethoden, und nebenbei verdienen noch all jene Firmen, die sich auf Tierzucht, Transport und die Herstellung von Käfigen und Bändigungsapparten spezialisiert haben. (Bändigungsapparate sind die Gestelle zum Einspannen der Tiere während der Versuche). Außerdem will man/frau schließlich nicht nur in Österreich absetzen, sondern auch in anderen Staaten, in denen aber teilweise der Unbedenklichkeitsnachweis durch Alternativmethoden nicht anerkannt wird. Also werden »zur Sicherheit« auf jeden Fall Tierversuche durchgeführt, um garantiert überall verkaufen zu können.

Abgesehen von der finanziellen Seite sind Tierversuche für die UnternehmerInnen einfach sicherer. Da das Ergebnis eines Versuches am Tier eben nicht so ohne weiteres auf den Menschen übertragbar ist, kann es schon passieren, daß ein Präparat am Ende doch gesundheitsschädigend auf seine BenutzerInnen wirkt. Laut österreichischem Gesetz muß die Firma für diese Schäden aber nicht haften, wenn sie das Produkt im Tierversuch getestet hat.

Kurz: Für die HerstellerInnen geht's mit Tierversuchen am problemlosesten und billigsten. Von ihnen wird kaum eine Änderung auf diesem Gebiet ausgehen.

Trotzdem ist die Lage nicht aussichtslos. Nämlich dann nicht, wenn die KonsumentInnen ihre Macht in dem AngebotNachfrage-Spiel erkennen und auch nützen. Schließlich wird für sie produziert. Was keinen Anklang bei ihnen findet, wird vom Markt genommen. Was sich gut verkauft, wird vermehrt produziert.

Also kann die Devise für tierfreundliche KonsumentInnen nun lauten: Umsteigen. Umsteigen auf die Produkte jener Firmen,die sich der tierversuchsfreien Herstellung ihrer Waren verschrieben haben. Betrachtet man/frau die in Österreich kursierende Liste, auf der alle diese Firmen verzeichnet sind, so stellt man/frau fest: Es sind schon recht viele, die auf Versuche mit Tieren verzichten. Quer durch Österreich kann man/frau tierversuchsfreie Kosmetika, Wasch- und Putzmittel, Farben und Lacke erhalten.

Die Firmen haben sich per rechtsverbindlicher Unterschrift zur Tierversuchsfreiheit ihrer Produkte (und auch deren Rohstoffe) verpflichtet. Statt dessen arbeiten sie entweder mit Alternativmethoden, wenn sie neue Produkte herausbringen wollen, oder greifen auf bereits vor 10 Jahren getestete Rohstoffe zurück, die dann nur neu gemischt werden. Die Mehrzahl der aufgelisteten Firmen bedient sich aber rein natürlicher Öle, Kräuter, Erdfarben, usw. Vor allem bei den Kosmetikprodukten kommen diese altbewährten Naturmittel der eigenen Gesundheit entgegen.



Daß die Erzeugnisse aufgrund ihrer natürlichen Inhaltsstoffe auch umweltfreundlicher sind, als so manche »etablierten« Produkte (zB Waschmittel), ist ein angenehmer Nebeneffekt.

Eine von der »Bürgerinitiative gegen Tierversuche« erstellte Einkaufsliste, die zusätzlich zu den HerstellerInnenfirmen auch detaillierte Angaben über Produktnamen und Verkaufsstellen enthält, kann bei eben dieser Bürgerinitiative (Postfach 57; 1101 Wien) kostenios angefordert werden, wobei Spenden natürlich willkommen sind.

# Die letzte Blaue

# Linie 8 vor Einstellung?

(TATblatt-Wien)

Am 7. Oktober wird in einem zukunftsweisenden verkehrspolitischen Gewaltakt die Stadtbahnlinie G bzw GD (Heiligenstadt bzw Friedensbrücke - Gürtel -Gumpendorferstraße und früher auch weiter über Meidlinger Hauptstraße nach Hütteldorf) in »U6« umbenannt und von der Gumpendorferstraße um ganze zwei Stationen bis zur Phialdelphiabrücke in Meidling »verlängert« .Die Ersetzung der unattraktiven Buchstaben G bzw GD durch die moderne Buchstaben-Zahlenkombination U6 macht -- nach Ansicht der Gemeinde Wien - freilich die bislang parallelgeführte Straßenbahnlinie 8 entbehrlich. Der 8er war eine praktische Ergänzung zur Stadtbahn, vor allem für jene Fahrgäste, die zwischen den Stadtbahnstationen wohnten, und dies wahrscheinlich auch nach der feierlichen U-Bahneröffnung tun werden. Ob die Stationen mit Hilfe der neuen blauen U-Bahnwürfel näher zusammenrücken werden, ist aber mehr als fraglich.

Frei nach dem per Volksentscheid beschlössenen Motto »Vorrang für den öffentlichen Verkehr« werden dort, wo bis jetzt die Gleise gelegen sind, die Auto-Fahrbahnen ausgebaut. Während einer Übergangszeit darf der alte Gleiskörper von RadfahrerInnen als Radweg benützt werden — ein paar Wocherln halt, damit alle zufrieden sind.

Nun gibt es aber Leute, die mit der Einstellung des 8ers keine rechte Freude

haben. 50.000 Unterschriften wurden bislang gesammelt, um eine Volksbefragung darüber zu erwirken. Dafür sind aber 56.000 Unterschriften notwendig (es wird knapp — Spannung bis zur letzten Minute; Kontakte: Fahrgast; 1060 Wien, Magdalenenstraße 13/1/2; Telefon 0222/5871069). Außerdem sind für den 7. Oktober zahlreiche Aktionen geplant. Wenn der allerletzte 8er sich am 7. Oktober um 10 Uhr von Meidling aus zu seiner letzten Fahrt gen Liechtenwerderplatz aufmacht, wird er sicher nicht allein sein. Denn schon um 9 Uhr treffen sich ganz viele Leute bei der Philadelphiabrücke (bei der Neo-U-Bahnstation).

# Landtagswahl in Vorarlberg

(TATblatt-Bregenz)

Am 8. Öktober finden die letzten Landtagswahlen vor den nächstjährigen Nationalratswahlen statt — und zwar in Vorarlberg.

Die Fragen, die in der öffentlichen Diskussion auftauchen, drehen sich vor allem darum, ob die ÖVP die absolute Mehrheit, die sie in diesem Land seit 1945 ununterbrochen innehat, verliert, ob der EG-Euphoriker Purtscher Landeshauptmann bleibt oder ob er — wie bereits von ihm selbst angekündigt — beim Verlust der Absoluten seinen Hut nimmt und ob der trend zu blau und grün anhält.

Trotz dieser Fragen ist der Wahlkampf recht farblos und wird vom Großteil der Bevölkerung mit Desinteresse verfolgt.

Die ÖVP verschleudert Millionen für Großplakate, Zeitungsinserate und Postwurfsendungen und versucht zum x-ten mal Vorarlberg als das "Muster-Ländle" schlechthin darzustellen. Sie behauptet, die Landesregierung vollbringe in den Bereichen Wirtschaft, Soziales, Umwelt, etc. seit Jahren wahre Meisterleistungen, die in ganz Österreich bestaunt und als zukunftsweisend angesehen würden.

Die traditionell schwache SPÖ (sie ist nur mit 9 von 36 Mandaten im Landtag vertreten) weiß dem nichts entgegenzusetzen als ein Plakat von dem unter der Überschrift "der Herausforderer" ihr Spitzenkandidat Häfele mit Boxhandschuhen herunterlächelt, einem sexistischen Kinospot, ohne jede politische Aussage und einer Gratis-Tanzveranstaltung mit dem Bundeskanzler auf einem Bodenseeschiff.

Der FPÖ gelingt in bekannter dogma-

tischer Art und Weise die Ouadratur des Kreises, indem sie sich sowohl als stabiler und erfolgreicher Faktor in der Landesregierung, als auch als kraftvolle Opposition präsentiert. Sie hat zwei Spitzenkandidaten: Den (regierenden) Landeshauptmann Grabher und den Unternehmer Gorbach, der in bekannter Manier vom Bärental aus installiert wurde und vorgibt "Oppositionspolitik" im Haiderschen Sinn zu betreiben. Von den freiheitlichen Plakatwänden lächelt - wie einem Modekatalog entnommen - das "Triumvirat": Gorbach, Grabher, Haider. "Durchstarten ist freiheitlich", "Unbürokratisch ist freiheitlich", "Vorarlberg kann nur gewinnen" sind die Sprüche, bei denen den kritischen VorarlbergerInnen das Grausen kommt.

Die Grünen, die bisher mit 4 Mandaten in Form einer nicht funktionierenden Plattform zwischen AL und VGÖ im Landtag vertreten waren, kandidieren diesmal getrennt. Einerseits die "Grüne Alternative Vorarlberg" (GA), andererseits die "Grünen Vorarlberg" (GV).

Die GA, die in Verbindung mit der Bundespartei und dem grünen Parlamentsklub steht, tritt über rein ökologische Themen hinaus für eine umfassende gesellschaftsverändernde Umwelt-, Sozial-, Frauen-, Friedens- und Kulturpolitik ein und macht einen sehr sachlichen, themenbezogenen Wahlkampf, der von Auftritten bundespolitischer Promis (Pilz, Voggenhuber,...) unterstützt wird. Angeführt wird die Liste von zwei Frauen — "Frauen in den Landtag" ist eine ihrer wichtigsten Forderungen.

Die GV, eine versteckte VGÖ-Kandi-

datur, versuchen ohne viel Wahlkampfund Pressearbeit, allein mit der Medienfigur Kaspanaze Simma, ein paar Öko-Worthülsen und der Verwirrung unter den Grün-WählerInnen die 5%-Hürde zu schaffen.

Darüber, ob keine, eine oder beide Grüngruppierungen und falls ja, wie stark, den Einzug ins Landesparlament schaffen, läßt sich frühestens am Abend des 8. Oktobers etwas sagen. Unklar ist, wieviele VorarlbergerInnen nach den Streitereien der letzten Jahre überhaupt noch bereit sind, grün(-alternativ) zu wählen und wie sich das verbleibende GrünwählerInnenpotential auf die beiden Gruppierungen verteilt. Es wird sicher recht knapp werden.

Die KPÖ-Plakate rufen zur "Umverteilung" auf und kritisieren die hohen Gehälter der Landesräte, werden aber kaum dazu in der Lage sein, die KPÖ über die 1%-Grenze hinüberzuhiefen.

Der Vollständigkeit halber zu erwähnen ist noch die aussichtslose Kandidatur eines Biobauern im Bezirk Bregenz.

Alles in allem scheinen Wahlk(r)ämpfe in Öster eich immer mehr amerikanische Züge anzunehmen. Die Parteien haben kein Eigenleben und keine Mobilisierungskraft mehr. Die Parteifunktionäre der traditionellen Parteien beauftragen Werbeagenturen, damit diese mit viel Geld das Produkt Politik der immer unpolitischer werdenden WählerInnenmasse verkaufen. Den progressiven Kräften gelingt es nicht, der Flut von Werbematerial kreativ und phantasievoll ihre Alternativen wirkungsvoll entgegenzusetzen.

Zum Wahlausgang dann ein Kommentar im nächsten TATblatt.

# Linz: Design-Center

(TATblatt-Linz)

Wenn Linz in die Geschichte eingehen sollte, dann dürfte dies nicht nur auf Umweltskandale, sondern vielmehr auch auf die verfehlte Baupolitik zurückzuführen sein. Das neue Rathaus in der jetzigen Form und die Zerstörung Alturfahrs seien genauso wie die Anzahl der Tiefgaragen(projekte) nur am Rande erwähnt.

Das (jüngste) Luftschloß des Bürgermeister Dobasch trägt den irdischen Namen Designcenter. Dahinter verbirgt sich ein Ausstellungs- und Kongreßzentrum. Dieses soll in der Frankstraße, gegenüber des ORF-Landesstudios errichtet werden.

Die geschätzten Kosten werden mit 761 Milionen Schilling ohne das notwendige (mitgeplante) Hotel angegeben — im Vergleich dazu betrgägt die momentane Verschuldung der Stadt Linz 605 Millionen Schilling. Da die obengenannte Geldsumme nur mit Krediten und/oder Leasing aufzubringen ist, wird das Stadtbudget in den nächsten Jahren mit 1,2 Milliarden Schilling belastet werden.

Natürlich wurde ein Gutachten über die Sinnhaftigkeit eines solchen Projekts in Auftrag gegeben — bei einem ehemaligen VOEST-Mitarbeiter, der gute Kontakte zum (auftragswitternden) Baudirektor Goldner unterhält, dieser wiederum war ein Schulkollege des schon als allmächtig bekannten Stadtrates Nöstlinger.

Apropos Stadtsenat: Diesem wurden die Kompetenzen zur Errichtung des Doboschcenters vom Gemeinderat übertragen, dhadie Finanzierung, der Bau und der Betrieb. Damit wurde die Öffentlichkeit total ausgeschlossen und zehn ÖVP und SPÖ-Kreaturen dürfen ihrer Phantasie freien Lauf lassen. Verständlicherweise hat kein Politiker die persönliche Haftung übernommen—sollte also das Designcenter ein finanzielles Debakel werden, müssen alle LinzerInnen dafür aufkommen.

Ein weiteres Problem stellt der Verkehr dar. Freilich ist eine Tiefgarage in Planung, sowie 360 obererdige zusätzliche Parkplätze, bei Spitzenbedarf soll die Zahl der Abstellplätze auf 3000 erhöht werden können. Wiese Monschen die Tiefgarage bei normalem Betrieb aufsuchen werden, wenn es auch möglich ist, oberhalb zu parken, wird sich ja zum xten Mal zeigen. Interesant ist ferner, daß die Stadtzeitung angibt, daß dieses Projekt 193 400 Kubikmeter groß sein wird, Flächenangaben erfolgen jedoch nicht.

Auf alle Fälle bleiben die BewohnerInnen rund um das, bzw. im Frankviertel auf der Strecke — die sich durch die höchsten Schadstoffwerte von Linz »auszeichnende« Luft wird weiter verpestet, Lärmbelästigung und die Zerstörung alteingesessener Strukturen sind weitere Belange.

Betroffen von den Auswirkungen des Design-Centers werden sicher auch die anderen Veranstaltungsorte wie das Brucknerhaus und die Sporthalle sein: wegen der Konkurrenz des Luxustempels werden die städtischen Zuschüsse erhöht werden müssen. Letztendlich wird sich die Kostenintensivität des DesignCenters auf andere Bereiche der Lokalpolitik ausweiten, im Klartext heißt das eine Verminderung der Investitionen auf anderen Gebieten, zB Umweltpolitik, Altenbetreuung, sozialer Wohnbau.

»Eine wirtschaftliche Lösung« lautet die Überschrift des Artikels in offiziellen Stadtorganen, wie so oft bleibt nur die Frage "für wen" offen...

### **INSUMISIÓN!**

#### Zur Situation spanischer Kriegsdienstverweigerer

(Gruppe für Totalverweigerung/Antimilitaristische Gruppe Wien)

Am 25. Oktober findet eine Veranstaltung mit Vertretern des MOC (Bewegung der Kriegsdienstverweigerer) statt.

In Spanien gibt es zehntausende Totalverweigerer. Sie finden breite Unterstützung. Der spanische Staat reagiert mit selektiver Repression: einzelne Verweigerer werden kriminalisiert, den Rest läßt man in Ruhe.

1978 wurde in die neue Verfassung (nach Franco) das Recht auf Wehrdienstveweigerung aufgenommen. 1984 wurde ein Zivildienstgesetz beschlossen: der Zivildienst dauert doppelt so lange wie der Wehrdienst, ist in das Gesamtverteidigungskonzept integriert und kann erst

nach einer Gewissensüberprüfung geleistet werden.

Der MOC reagierte mit einer Kampagne zur Kollektivverweigerung: Tausende verweigerten jeweils gleichzeitig den Wehrdienst. Eine Beschwerde gegen das Gesetz wies das spanische Verfassungsgericht Ende 1987 ab. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden Kollektivverweigerer offiziell anerkannt und es ruhten die Verfahren gegen die Kriegsdienstverweigerer; danach wurden Kollektivverweigerer nicht mehr anerkannt.

1988 begann der MOC eine Totalverweigerungskampagne. Etliche Inhaftierungen folgten...

25. Oktober 1989 19.30 Uhr TU-Club, 1040 Wien Paniglgasse 1

# Serie: Freischaffende Subversion Sprühen mit Schablone

(TATblatt-Wien)

Schablonen bringen einige Vorteile gegenüber der "herkömmlichen" Art des Sprühens. Du kannst dir dein Motiv vorher in Ruhe überlegen, und dann sorgfältig auf Karton übertragen, somit kannst du den Großteil der Arbeit ohne Streß durchführen. Denn das Sprühen selbst ist dann ein sehr verkürzter Vorgang. Auch sind die gestalterischen Möglichkeiten weit größere als beim "normalen" Sprühen, da durch den Einsatz von mehreren Schablonen mehrfarbige Motive leichter gesprüht werden können.

Wo beim jeweiligen Text die Buchstaben unterbrochen werden müssen, ist anbei zu ersehen. Die Schablone sollte am besten aus hartem Karton bestehen, da sie so mehrmals verwendet werden kann. Achtet beim verwendeten Sprühlack darauf, daß er schnelltrocknend und ohne Fluorenlorkohlenwasserstoffe ist.

Tip: Durch Verwendung mehrerer Schablonen kann noch effektvoller gearbeitet werden, auch mehrfarbig.

ABCDEFGHIJKLMN OPQRSTUVWXYZ 1234567890&

So bleiben die Buchstaben ganz, die schwarzen Teile sind auszuschneiden.

# Der Datenhunger der Funktionäre

Der ÖH-Hauptausschuß an der Uni- Wien erhebt "freiwillig" Daten von neuen Studentinnen und Studenten. Manche sogar ohne deren Wissen. Aber nicht unbedingt mit deren Zustimmung — manche wehren sich.

	DVR 0061166 DAIEND LAII Seite A
	Bitte bei der Immatrikulation beim Evktsazschalter mit den anderen Unterlagen abgeben
	Familienname
	Studienadresse Straße/Gasse/ Postleitzahl A. Platz/Nr.
	Heimatabresse Straße/Garset Postlei:zahl Platz/Nr.
	Geburtsdatum [
	=akultät: O katholische Theologie O zvangelische The Togie O Medizin O Jus C Geisteswissen (2) afron O Sozialwissens(2) afron O Naturwissens(bafron O Struckens) O Grund- und fritegratiswissenschaften
	Staatsbürgerschaft:
100	Zur freiwilligen Ausfüllung:  O Ich interessiere mich näher für die Arbeit der ÖH  O Ich möchte in der ∷H mitarbeiten  □ Beratungst/ ögkeit  □ Kultur  □ Sport □ Gesetz sbegutachtung  O Ich habe Er ahrung in organisatorischer Arbeit (Vereine, Jugendorganisationen, etc.)
	O Ich war briveits in der Schülervertretung tätig.
1	Datum Unterschrift

DATELID

(TATblatt-Wien)

Seit Herbst 1988 liegt den Unterlagen für die Immatrikulation an der Wiener Universität ein neues Datenblatt bei. Der Hauptausschuß, oberstes Organ der Hochschülerschaft an der Uni Wien, erhebt damit die persönlichen Daten aller erstsemestrigen Studentinnen und Studenten, wie Name, Studienadresse, Heimatadresse, etc.. Daten, die der Hauptaushuß — allerdings erst ein, zwei Monate »päter — auch von der Universitätsdirektion bekommt. Und als besonderes Zuckerl — sogar mit dem Hinweis "Zur freiwilligen Ausfullung" - eine Spalte betreffend Mitarbeit in der ÖH: Ich interessiere mich näher für die Arbeit der ÖH -Ich möchte in der ÖH mitarbeiten — Ich habe Erfahrung in organisatorischer Arbeit - Ich war bereits in der Schülervertretung tätig. Angesichts der Tatsache, daß die Hochschülerschaftsgremien alle zwei Jahre neu gewählt und die Funktionen entsprechend oft umbesetzt werden, ist eine kontinuierliche, fraktionsunabhängige

Mitarbeit kaum möglich. Der Sinn dieser Passage dürfte eher in der Werbung neuer Mitglieder für jene Fraktion, die die Exekutive am Hauptausschuß stellt, liegen. (Übrigens die "Aktionsgemeinschaft", eine CV und ÖVP nahestehende Gruppierung. Offensichtlich hat die Aktionsgemeinschaft einen Zustrom neuer Mitglieder auch bitter nötig.)

Trotz einem Spruch der Datenschutzkommission (vom 14.9.89 — zugegeben-

er maßen kurz vor Beginn der Inskriptionsfrist), der Unterlassung oder eindeutige Kennzeichnung der Freiwilligkeit der Erhebung fordert, wurde das

Erhebungsblatt so gut wie unverändert dieses Semester wieder den Evidenzmappen beigelegt. (Der Spruch bekommt allerdings erst nach sechs Wochen Rechtskraft.) Weitergehenden Informationen zufolge werden die Erhebungsblätter auf ihrem Weg durch die Evidenzstelle zum Hauptausschuß zusätzlich mit der Matrikelnummer der Ausfüllenden versehen - ohne daß diese jemals davon erfahren.

Der Hauptausschuß der Uni Wien wird voraussichtlich gegen den Spruch der Datenschutzkommis-

sion Berufung einlegen; seit letzter Woche werden die Datenblätter mit einem kleinen Stempel versehen, der auf die Freiwilligkeit der Ausfüllung hinweist. Unverständlich bleibt, warum nicht einfach darauf hingewiesen wird, daß die Hauptausschuß-Zeitung sonst erst zwei Monate später zugesandt werden kann (was auf der Rückseite kurz erwähnt wird). Unverständlich bleibt auch, wozu solche Angaben wie "Staatsbürgerschaft" nötig sind (vermutlich, um die Wahlzubewerbenden leichter zu erkennen: AusländerInnen sind für ÖH-Wahlen nicht wahlberechtigt).

Aber den erstsemestrigen Studentinnen und Studenten behagt der Hauptausschuß als "Behörde zweiter Klasse" ohnehin nicht: ein Viertel der ImmatrikulantInnen haben letztes Jahr den Erfassungsbogen nicht ausgefüllt.



REPUBLIK ÖSTERREICH Datenschutzkommission

GZ 120.181/10-DSK/89
Individualbeschwerde Martin MAIR,

Bescheid der Datenschutzkommission;

Brite in der Antwort die Geschäftszah

Hr. HEYDEBRECK

An Herrn Martin MAIR Krottenbachstraße 40/9/6 1190 <u>W i e n</u>

BESCHEID

Die Datenschutzkommission hat unter dem Vorsitz von Dr. GAMERITH und in Anwesenheit der Mitglieder Dr. DOHR, Dr. HELMREICH und Mag. WALLIG sowie des Schriftführers Dr. SINGER in ihrer Sitzung vom 14. September 1989 folgenden Beschluß gefaßt:

sprucl

Auf Grund der Beschwerde des Herrn Martin MAIR vom 21.11.1988 stellt die Datenschutzkommission gemäß § 14 Datenschutzgesetz, BGB1.Nr. 565/1978 (DSG), folgendes fest:

1. Die Österreichische Hochschülerschaft - Hauptausschuß Universität Wien, hat durch die Erhebung der Datenarten Familienname, Vorn me, Studienadresse (Postleitzahl, Straße/Gasse/Platz/Nummer), Telefonnummer, Heimatadresse (Postleitzahl, Straße/Gasse/Platz/Nummer), Geburtsdatum, Fakultät und Staatsbürgerschaft mittels des von ihr den Immatrikulationsunterlagen beigelegten "Datenblattes" gegen § 6 DSG verstoßen.

> Seite 1 der fünfseitigen Entscheidung der Datenschutzkommission

# Südwind —

# ein linkes Projekt am Ende

Verzicht auf die 38 1/2-Stundenwoche, Verzicht auf die kollektivvertraglich vorgeschriebene Lohnerhöhung, Verzicht auf einen Teil des Bruttogehalts, weil die Lohnsteuerreform sonst ja nur den Angestellten zugute käme,...

Nicht zum ersten mal schlagen die Vorschläge der Geschäftsführung des Südwind Wellen. Und es wäre nichts Besonderes in der Geschichte der "linken" Dritte Welt-Buchhandlung, hätte es nicht (zumindest mittelbar) zum Austausch der gesamten Belegschaft geführt.

(TATblatt-Wien)

1984 wurde die Ges.m.b.H. von entwicklungspolitischen und linkskatholischen Organisationen gegründet. Da die von den Gesellschaftern eingesetzten Geschäftsführer den wirtschaftlichen Schwierigkeiten des neugegründeten Betriebs ideenlos gegenüberstanden, lag die Firma bald mehr und mehr in der Verantwortung der Angestellten. Die hohen Anfangsverluste wurden dabei immer wieder zum Argument, unbezahlte Überstunden zu leisten, auf gesetzliche Lohnerhöhungen zu verzichten und Teile der Arbeit schwarz zu leisten. Die Lähmung sowohl von Geschäftsführung, als auch des Aufsichtsrates und überhaupt der Gesellschafter hatte allerdings auch seine positiven Seiten:

 die Angestellten konnten weitgehend selbständig planen und bestimmen

- es entwickelten sich autonome Arbeitsbereiche, die Sortiment und Arbeitsweise (Gleitzeit etc.) allein festlegten

- es gab wöchentliche Teams und monatliche Vollversammlungen, in denen über Anstellungen, Löhne und inhaltliche Arbeit gemeinsam bestimmt wurde.

Man/frau war immer mehr versucht, den Südwind als selbstverwalteten Musterbetrieb zu sehen, vor allem wegen der demokratischen und vielleicht sogar anarchistischen Entscheidungsstrukturen...Es gab allerdings einen Schönheitsfehler: Das Kapital lag nicht in Händen der Angestellten. Als sich (im ersten positiven Bilanzjahr)der Aufsichtsrat seiner Macht erinnerte und unglücklicherweise in einem Mitarbeiter einen karrieresüchtigen, katholischen Unterstützer fand, bedeutete dies den Anfang vom Ende.

Obwohl die wirtschaftlichen Ergebnisse von Jahr zu Jahr besser geworden waren, und schlußendlich sogar eine positive Bilanz vorlag, wurde der Druck von Aufsichtsrat und Geschäftsführung verstärkt; diesmal nicht nur mit wirtschaftlichen Argumenten, sondern auch mit der Forderung, den katholischen Bereich besser wahrzunehmen.

Der erwähnte Mitarbeiter wurde zwar

von allen Angestellten abgelehnt, erhielt aber vom Aufsichtsrat und vom bisherigen Geschäftsführer alle Funktionen eines Geschäftsführers. "Ihr ertragt die neue Geschäftsführung, oder wir sperren zu", kam es sinngemäß von den Gesellschaftern; "Ihr ertragt mich , oder ihr werdet alle ausgetauscht" , lautete das Motto des neuen Pseudogeschäftsführers.

In der Folge wurden Teams, Arbeitsbereiche und Vollversammlungen entmachtet und zerstört, erstmals Löhne ohne Mitbestimmung der MitarbeiterInnen festgesetzt (natürlich die der Geschäftsführung), und schließlich Angestellte gekündigt: insgesamt verließen 8 Leute den Betrieb, 5 davon unfreiwillig. Nur zwei blieben übrig — der Möchtegerngeschäftsführer und sein Schatten, der wirkliche.

Den letzten Ausschlag gaben: Ohne Wissen der Angestellten durchgeführte Lohnkürzungen, die erst von der Krankenkasse aufgehoben wurden, und vor allem ein neuer Dienstvertrag. Daraus nur einige der unannehmbaren Punkte:

-verpflichtende Fortbildungsseminare, die natürlich die Angestellten selbst zahlen müssen.

- Verpflichtungen zu 5-prozentigen Umsatzsteigerungen (ansonsten Vertragsauflösung = Kündigung)

 und als Krönung die Forderung zur Abgabe einer schriftlichen Erklärung, das katholische Sortiment in seiner Wichtigkeit wahrzunehmen und sich dementsprechend zu verhalten.

Von Mitbestimmung, autonomen Entscheidungen etc., war darin nichts mehr zu lesen.

Daß vier MitarbeiterInnen jetzt sofort aufhören, anstatt sich nach Weihnachten kündigen zu lassen, wie es die Geschäftsführung gerne gehabt hätte, trifft die Buchhandlung natürlich hart. Aber da angesichts der Situation am Arbeitsmarkt Leute bereit sind, die obskursten Verträge zu unterzeichnen, wird eine Fortsetzung dieses Artikels sicher folgen müssen.

## Streik an den Sozialakademien

(TATblatt-Wien)

Die seit den letzten StudentInnen-Streik laufenden Verhandlungen um eine Freifahrt während des Langzeitpraktikums wurden in den letzten Wochen von Seiten der Ministerien (Unterricht und Familien) abgebrochen. Die Begründung: Die Institutionen, wo die StudentInnen während des Langzeitpraktikums arbeiten, sind keine Schulen. Das dies aber auch zur Ausbildung zählt dürfte im Staub der Ministerien untergehen. Letzte Woche wurde als Reaktion darauf das Bundeskanzleramt besetzt und die Forderungen der Studierenden in die nächste Instanz gebracht. Dort geht aber auch nichts weiter und das nächste Langzeitpraktikum hat schon wieder begonnen. Die Fahrt dorthin können sich die StudentInnen noch immer selbst zahlen. Daher wollen ab Montag die Sozialakademie der Gemeinde Wien und die vom Bund weitere Aktionen machen, die auf ihre Situation aufmerksam machen sollen. Eine Aktion soll das Bestreiken vom Unterricht und des Langzeitpraktikums sein.

# EG bei Nacht

Das EG-Hauptquartier in Brüssel gleicht im Moment einer einzigen Großbaustelle: Der in den Sechzigerjahren erbaute Glaspalast wurde unbedenklich mit Asbest verfugt, das nun kleinweise aus den Ritzen geklezelt werden muß. Sogar die EG scheint gemerkt zu haben, daß es gewisse Stoffe gibt, deren Gefährlichkeit früher nicht allzu ernst genommen wurde.

(cf)

Eigenartig: Denn, daß CO und Stickoxide genauso gefährlich sein können wie Asbest in Hochhausritzen, scheint sich noch nicht ganz herumgesprochen zu haben. Nicht anders ist es wohl zu begründen, daß die Verantwortlichen und Unverantwortlichen der EG auf das LKW-Nachtfahrverbot die beleidigte Leberwurst spielen.

Drei Gründe für die Schmollecke hat der bayrische Verkehrsminister Max Streibl parat:

- Die EG wünsche eine "gemeinschaftliche Definition" von lärmarmen LKWs "innerhalb technisch vertretbarer Fristen". Diese seien aber erst bis 1993/94 zu finden.
- Eine Mengen- oder Zeitbeschränkung käme nicht in Frage, aber man hoffe auf eine "Verständigung über die auf Transitstraßen einzuhaltenden Geschwindigkeiten".
- Ohne einen verbindlichen Zeitplan für den Ausbau des kombinierten Verkehrs in Abstimmung mit den betroffenen Mitgliedsstaaten sei so eine Maßnahme nicht vertretbar.

Diese Reaktionen sind durchaus verständlich. Kein vernünftiger Politiker wird noch daran zweifeln, daß das heutige Straßennetz an seiner Kapazitätsobergrenze kratzt und die physische und psychische Kapazität der Umwelt und Bevölkerung schon längst jenseits von Gut und Böse ist.

Worum es geht, zeigt letztenendes die Reaktion selbst: Zeit gewinnen. Welche Regelungen auch immer kommen, je später sie kommen, umso mehr ist vorher noch verdient.

Das erklärt ebenso die "gemeinschaftliche Definition" von lärmarmen LKWs (die es seit vielen Jahren schon gibt, die aber um rund 5 % mehr kosten), die sicher von Mercedes, Renault, DAF, Fiat und

IVECO nicht allzu goutiert werden, wie die "Verständigung" über Höchstgeschwindigkeiten, die es seit Jahren bereits gibt, und die der Statistik zufolge mehr als zur Hälfte von Autos aus der BRD mißachtet werden.

Und der dritte Punkt mag sicher sein, daß Österreich mit seiner "Neuen Bahn" zwar nicht das erste Land ist (dieses war die Schweiz), aber trotzdem in der EG-Peripherie ganz vorne liegt. Aus dem wesentlichen Grund, daß Österreichs LKW-Industrie bei weitem nicht solche Ausmaße hat, wie die der EG, und Österreich scheinbar ernstlich gewillt ist, den Schienenverkehr auszubauen, was in der BRD oft nur mildes Lächeln hervorruft.

Im Grunde fürchtet sich die EG vor etwas, was uns BewohnerInnen der "Insel der Seligen" immer eingetrichtert wird: Sie fürchtet, den Anschluß zu verpassen. Ein kleines Land, das über die meistfrequentierten Alpenpässe Europas verfügt, geht seinen Weg und läßt die Entwicklungsländer um sich herum hinter sich.

Noch mehr fürchtet sich die EG vielleicht davor, daß dieses kleine Land aus seiner Vorreiterrolle genau die Rosinen verdient, die uns die EG verwehren würde. Denn moderne Technologie im Umweltschutz wird kommen, und siegen wird dann der/diejenige, der/die als ersteR damit begonnen hat, und nicht, wer noch ohne sie am meisten verdient hat. Das Know-How ist die Macht der Zukunft.

Vielleicht hofft Streibl, daß dieser Plan ähnlich unausgegoren sei wie der Plan der Autobahnmaut vom Bautenminister. Vielleicht hofft er, die ÖsterreicherInnen müßte man nur fest genug anbrüllen, damit sie "selbverständlich, gnä' Herr" sagen. Aber sicher fürchtet er sich davor, daß sich ein Land mit einer Gesinnung auf und davon macht, die die EG gerne selbst gepachtet hätte, aber ob des politischen Drucks der Großindustrie permanent so in die Knie geht, wie er es von Österreich so gerne erhofft hätte.

# **Stop Europa 92!**

(h)
Unter diesem Motto fanden vom 6.-10.
September in Den Haag anläßlich eines riesigen Europafestivals Widerstandstage gegen den geplanten EG-Binnenmarkt statt. Es gab Vorträge, Diskussionen, Konzerte und am 7. eine internationalistische Demo. Obwohl knapp davor 40 OrganisatorInnen bei einer Hausbesetzung (halblegal) festgenommen wurden, und nur ca. 1000 Menschen kamen, konnte die Demo

ohne Zwischenfälle durchgeführt werden. Wider Erwarten verzichtete die Polizei auf großräumige Absperrungen und ging nur kurzärmelig neben der Demo her. Vor der "Philipshalle", wo gleichzeitig ein "Europabankett" stattfand, gab es Redebeiträge verschiedener AktivistInnen, die teilweise über die Situation in ihren Ländern berichteten oder sich mit Hungerstreik und Hafenstraße solidarisch erklärten.



# Der andere Sozialabbau

Dieser Text wurde am Volksstimmefest als Flugblatt (Impressum: KPÖ & Co KG) von Leuten aus dem TATblatt-Umfeld zusammen mit einem TATblatt-Werbeblatt verteilt. Zur Dokumentation, und um zu zeigen, was da so los ist, hier nun der vollständige Text:

#### Genossinnen und Genossen!

Wie Euch möglicherweise bereits aufgefallen ist, durchleben wir momentan eine Phase der dramatischen Monopolisierung und Konzentration der bourgeoisen Presse. Oft genug haben wir österreichischen Kommunisten in den Spalten unserer "Volksstimme" das schändliche Verhalten der monopolkapitalistischen Pressezaren entlarvt, die ihre Schundblätter auf Kosten der Arbeiter sanieren wollen.

Nun bleibt aber die Zeit nicht stehen, nicht einmal bei uns, Genossinnen und Genossen. Die Wirtschaftskrise im Vaterland der Werktätigen wirkt sich auch auf uns, die Vorkämpfer des österreichischen Proletariats, in dramatischer Weise aus. Die russischen Genossen sind ziemlich pleite, was unserer Finanzkommission Anlaß zur Sorge ist, weil jetzt der Rubel gewissermaßen nicht mehr so rollt wie früher, in der

Phase der Stagnation. Außerdem, im Vertrauen: Einigen unserer Betriebe geht es verdammt schlecht, und wir sehen uns gezwungen, sie nach und nach zu verramschen.

So kommen wir nicht umhin, zusätzlich gewisse Einsparungen im Pressebereich mit der uns österreichischen Kommunisten eigenen Entschlossenheit anzugehen. Eins steht jetzt schon fest: Die "Volksstimme" wird nicht an den WAZ-Konzern verkauft. Dabei hält unser Zentralorgan vor allem in den Kiosken und öffentlichen Bibliotheken Sowjetkirgisiens, -kasachstans und der Inneren Mongolei die stolze Position des Marktführers, was selbst einem Springer oder Dichand Respekt abnötigen muß. Oder hat schon jemand von Euch beim Freundschaftsbesuch in Moskau, Leningrad oder Ulan Bator zu "Bild-Zeitung' oder "Krone" greifen können? Na also!

Wir verteidigen weiterhin trutzig unser deutschsprachiges Pressemonopol im realen Sozialismus, zumindest vorläufig noch. Aber wir schreiben trotzdem weiter-

hin rote Zahlen, selbst wenn uns die friedliebenden Völker der Sowjetunion in einem beispiellosen Akt internationalistischer Solidarität die Hälfte der Auflage abkaufen, wovon ein Dichand oder Schmid oder Falk nur träumen kann. Obwohl unter uns gesagt - mit den Veränderungen im realen Sozialismus leider auch eine gewisse Aufweichung in dieser Hinsicht zu bemerken ist. Beim letzten Besuch der außenpolitischen Kommission des Zentralkomitees fiel unserer Delegation doch glatt ein Burda-Modenheft in die Hand, so als ob es nicht unsere bewährte, wenn auch marode "Stimme der Frau" gäbe! Richtig, unterm Breschnew hätt's das nicht gegeben, aber wir sollten die Hoffnung nicht aufgeben.

Apropos Zukunft: Zwanzig Millionen muß der Globus heuer schon einsparen, haben unser greiser Genosse Kalt und seine weise Finanzkommission beim ZK beschlossen. Wir machen es natürlich ganz anders als die monopolkapitalistische WAZ-Presse oder die verbürgerlichte

# A L T E R N A T I V E M O Z FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

FUR PULITIES, WINTSCHAFT UND KULTUR

Wirscheren aus, woandere einlenken



A b o zu öS 320,- oder P r o b e e x e m p l a r bei Grün-Alternativ Verlag Neulerchenfelder Straße 12, A-1160 Wien, Telefon 0222/48 35 71 Vranitzky-SPÖ, die das traditionsreiche Parteiorgan der österreichischen Sozialdemokratie ausgerechnet im hundertsten Jahr ihres Bestehens einem privatkapitalistischen Hallodri zum Fraß vorgeworfen hat. Unser Konzern, pardon: unsere Partei, hat da ganz anderes im Sinn.

Wir lösen das Problem des Defizits Schritt für Schritt und natürlich solidarisch. Zuerst einmal, Genossinnen und Genossen, sparen wir bei Euch, also in Druckerei und Setzerei, die ohnehin nicht einmal zur Hälfte ausgelastet sind, 15 Millionen ein. Ein läppischer Betrag, gewiß, wenn wir uns vor Augen halten, daß unser Konzern Milliardenumsätze macht. Ein Haufen Geld. meint aber die Finanzkommission, und ist sich da ausnahmsweise mit Eurem Betriebsrat einig, auch wenn der es in der Sache oft an der nötigen Solidarität mit den zuständigen Parteiorganen mangeln läßt.

Wie wir das anstellen wollen, fragt der unverbesserliche Parteifeind in der letzten Reihe? Nun, bei uns wird keiner entlassen, höchstens vorzeitig in Pension geschickt. Klar, ein paar innerbetriebliche Sozialleistungen werden dran glauben müssen, aber die Gehälter kürzen wir Euch um nicht mehr als ein Drittel, Ehrenwort, wobei wir noch dazu einige von Euch von Setzern zu Korrektoren und Schreibkräften umschulen. Rein zufällig erwischt es bei den Rationalisierungen in erster Linie die 50 von Euch, die es in einer Aufwallung parteischädigender Umtriebe nicht einmal der Mühe wert gefunden haben, zur AK-Wahl zu gehen. Und das, obwohl der Linksblock jede Stimme braucht, wie wir nicht erst seit dem letzten Desaster wissen, das übrigens auch mit ein paar Millionen zu Buche schlug, die jetzt eingespart werden müssen.

Sicher, Eure Pensionen, Eure Abfertigungen und Enre Arbeitslosenunterstützungen fallen infolge der Umgestaltungen im Globus-Bereich mager aus, weil ja die Bemessungsgrundlagen gekürzt wurden. Aber bedenkt, Genossinnen und Genossen, dies alles geschieht im Interesse der lichten Zukunft unserer Partei und damit des Sozialismus. Außerdem könnt Ihr jetzt endlich am eigenen Leib auskosten, wie schlecht es um das soziale Netz in Österreich bestellt ist, ein Umstand übrigens. den wir in unserer "Volksstimme" seit eh und je unermüdlich anprangern.

Die anderen fünf Millionen? Nun, Genossinnen und Genossen, nicht nur die Hand-, sondern auch die Kopfarbeiter werden Milch geben müssen, so ist das halt in einer proletarischen Partei, haha. Wenn wir die Redaktion um ein Drittel reduzieren, dann ließe sich dieser läppische Betrag sozusagen mit links einsparen. Wir erwarten übrigens, daß die Kolleginnen und Kollegen aus der Redaktion - allein schon aus Loyalität zur Partei - auf die ihnen laut Journalistengesetz zustehenden horrenden Abfertigungen verzichten, weil sonst alle Einsparungen sowieso für die Katz

Gewiß, wo gehobelt wird, da fallen Spane, Genossinnen und Genossen. Nicht nur Ihr seid aufgerufen, Verzicht zu üben. Nein, auch die Partei schnallt selbstlos den Gürtel enger und reduziert nach dem Parteitag im kommenden Januar schweren Herzens den Umfang des Zentralorgans von zehn auf sechs Seiten. Das ist doch ein Vorschlag, oder?

Damit nicht genug: Der Genosse Michael Graber, der auf unnachahmliche Art stilistischen Mut mit einer politischen

unserer hervorragendsten Spezialisten gereift ist, wenn es darum geht, "neoanarchistischen Kräften" eins auszuwischen, hat ihn für diesen Posten ebenso qualifiziert wie seine von fulminanten Einsichten in das innere Wesen der Parteihierarchie getragenen Kritiken an den Aufweichungstendenzen in der realsozialistischen Welt, was übrigens selbst notorische Abweichler neidlos zugeben.

Ihr seht also, Genossinnen und Genossen, die Partei ist gerecht. Ihr verliert ein Drittel von Eurem Einkommen und/oder Euren Arbeitsplatz, die Partei aber vier Seiten "Volksstimme". Ihr opfert den Genossen Graber, aber die Partei beschert Euch dafür großzügig den dynamischen Genossen Walter Baier. Das ist Dialektik,

Bankk onto

Genossinnen und Genossen Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs Wie Euch möglicherweise bereits aufgefallen ist, durchleben wir mome natischen Monopolisierung und Konzentration der bourgeoisen Presse. Wie Euch möglicherweise bereits aufgefallen ist, durchleben wir mome Monopolisierung und Konzentration der bourgeoisen das schimatischen Monopolisierung und Spalten unserer "Volksstimme" das schimatischen Kommunisten in den Spalten unserer "reichischen Kommunisten in den Spalten unserer "Volksstimme" das schimatischen Kommunisten in den Spalten unserer "Volksstimme" das Spalten unsere matischen Monopolisierung und Konzentration der bourgeoisen Presse.
matischen Monopolisierung und Konzentration der bourgeoisen Presser auf Konzentration der Spalten unserer "Volksstimme" das schindhlärrer auf Konzentration der bourgeoisen Presser auf Konzentration der bourgeoisen Presser auf Konzentration der bourgeoisen Presser auf Konzentration der bourgeoisen Presse auf Konzentration der bourgeoisen der bou reichischen Kommunisten in den Spalten unserer "Volksstimme" das sch nopolkapitalistischen Pressezaren entlarvt, die ihre Schundblätter auf Wollen. ollen. Nun bleibt aber die Zeit nicht stehen, nicht einmal bei uns, Genose Nun bleibt aber die Zeit nicht stehen, nicht einmal bei uns, Chaftskrise im Vaterland der Werktätioen wirkt sich auch auch auf uns, Chaftskrise im Vaterland der Werktätioen wirkt Numbleibt aber die Zeit nicht stehen, nicht einmal bei uns, Genose wirkt sich auch auch auch Genose wirkt sich auch Genose wirkt sich auch Genose wirkt sich auch Genose Genose wirkt sich auch auch Genose wirkt sich auch Genose wirkt sich auch auch Genose wirkt sich auch auch Genose wirkt sich auch Genose wirkt sich auch Genose wirkt sich auch Genose wirkt sich auch Genose wirkt Sich auch Genose wirkt schattskrise im Vaterland der Werktätigen wirkt sich auch auf uns, Die russischen G. Die russischen R. Die russischen R. Schen Proletariats, in dramatischer Sorge ist weil letzt der R. schen Proletariats, and Anlah zur Sorge ist weil letzt der R. schen Proletariats, in dramatischer Anlah zur Sorge ist weil letzt der R. schen Proletariats, in dramatischer Anlah zur Sorge ist weil letzt der R. schen Proletariats, in dramatischer Anlah zur Sorge ist weil letzt der R. schen Proletariats, in dramatischer Anlah zur Sorge ist weil letzt der R. schen Proletariats, in dramatischer Anlah zur Sorge ist weil letzt der R. schen Proletariats, in dramatischer Anlah zur Sorge ist weil letzt der R. schen Proletariats, in dramatischer Anlah zur Sorge ist weil letzt der R. schen Proletariats, in dramatischer Anlah zur Sorge ist weil letzt der R. schen Proletariats, in dramatischer Anlah zur Sorge ist weil letzt der R. schen Proletariats, in dramatischer Anlah zur Sorge ist weil letzt der R. schen Proletariats, in dramatischer Anlah zur Sorge ist weil letzt der R. schen Proletariats, in dramatischer Anlah zur Sorge ist weil letzt der R. schen Proletariats, in dramatischer Anlah zur Sorge ist weilt der R. schen Proletariats, in dramatischer Anlah zur Sorge ist weilt der R. schen Proletariats schen Proletariats, in dramatischer Weise aus. Die russischen R unserer Finanzkommission Anlaß zur Sorge ist, weil jetzt der R unserer Finanzkommission Anlaß zur Stagnation. Außerdem im V Assozia. er, in der Phase der Stagnation. Außerdem, im der Phase der Stagnation. Außerdem, sie anz er, in der Phase der Stagnation. Außerdem, sie anz er, in der Phase der Stagnation. Außerdem anz er, in der Schlecht, und wir sehen Entschlossenheit anz ernt schlecht, und wir sehen Entschlossenheit anz entschlossenheit anz entschlossenheit anz entschlossenheit anz entschlessenheit anz entschless

Festigkeit vereint, die Assoziationen an den so überaus freigiebigen Genossen Breschnew wachruft, wird vom Posten des Chefredakteurs abberufen, um der Partei künftig in der Finanzkommission zu dienen. Vielleicht fällt ihm, der ohnehin als Buchhaltertyp gilt, noch was ein, wo sich der Rotstift ansetzen ließe. Zum Nutzen der Partei und damit indirekt des Proletariats, also in Eurem ureigensten, wenn auch historischen Interesse, versteht sich.

Sein Nachfolger als Chefredakteur wird unser allseits geschätzter Genosse Walter Baier sein, der es bereits im zarten Alter von zweiunddreißig Jahren zum Politbüromitglied gebracht hat. Hat es doch gerade der Genosse Baier stets verstanden, sich mit unvergleichlicher Eleganz die Karriereleiter hochzudienen, und das im Dschungel der Parteiintrigen, die es bedauerlicherweise noch immer gibt. Daß der Genosse Baier nebenbei noch zu einem

schworene realsozialistische Kampfgemeinschaft, unsere ruhmreiche Partei, als einen kapitalistischen Konzern verleumden, der sich den Luxus einer Partei leistet. Das Gegenteil ist wahr, Genossinnen und Genossen, das exakte Gegenteil. Wir leben halt leider noch immer im Kapitalismus, aber unsere Schuld dürfte das nicht sein. Wir leisten unermüdlich unseren Beitrag zur Bewußtwerdung des Proletariats und fangen damit der Einfachheit halber gleich im eigenen Haus an.

Mit besten Grüßen, für die Konzernleitung: Dr. Walter Silbermayr Sekretär des ZK der KPÖ

#### **BRD**:

# §129a-Prozeß gegen KurdInnen

Wir dokumentieren im Folgenden ein — gekürztes — Interview mit Selman Arslan, einem der 19 KurdInnen. Die Anklage gegen ihn ist in fast allen Punkten fallengelassen worden. Geblieben ist nur der Anklagepunkt wegen angeblicher Urkundenfälschung. Er wurde nach 18 Monaten Isolationshaft überraschend freigelassen.

#### **Interview mit Selman Arslan**

Wann wurdest du verhaftet? In den Räumen des Kurdistan-Komitees in Köln am 15. Februar 1988, abends um ca 21.30 Uhr. Ich las gerade in der Bibliothek ein Buch, als ich starke Schläge gegen die Eingangstür hörte. Als die Tür aufging, stand vor mir ein Beamter des SEK in kugelsicherer Weste, mit Helm. Er zielte mit seiner Maschinenpistole auf mich und sagte: "Keine Bewegung, Kriminalpolizei, hinlegen!" Bevor ich fragen konnte, warum, wurde ich zu Boden geworfen, meine Hände am Rücken gefesselt und mein Personalausweis kontrolliert.(..) Nach ein paar Stunden wurde ich [in Karlsruhe] dem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes vorgeführt. Der fragte mich, ob ich wisse, warum ich festgenommen sei. Ich antwortete: Nein. Darauf teilte er mir mit, mir werde von der Bundesanwaltschaft vorgeworfen, Mitglied der PKK und einer terroristischen Vereinigung in der PKK zu sein und an der "Entführung" und versuchten Ermordung von H.D. (einem "Kronzeugen der Bundesanwaltschaft") durch ein Volksgericht der PKK in Köln beteiligt gewesen zu sein. Darauf antwortete ich ihm, die Beschuldigung sei lächerlich. Der Richter fragte daraufhin den anwesenden Oberstaatsanwalt der Bundesanwaltschaft, was mir konkret vorgeworfen werde. Der behauptete, ich sei Mitglied der Abteilung "Parteisicherheit, Kontrolle und Nachrichtendienst" der PKK und außerdem an einem Mord in Rüsselsheim beteiligt gewesen. (..) Um ca 19.30 Uhr abends wurde mir dann vom Ermittlungsrichter der Haftbefehl vorgelesen. Von einer Beteiligung an dem Mord in Rüsselsheim war darin nicht mehr die Rede. Noch am selben Tag wurde ich wieder in die Justizvollzugsanstalt Köln-Ossendorf zurücktranspor-

Wann hat die Bundesanwaltschaft zum ersten Mal die angeblichen "Beweise" für ihre Beschuldigungen vorgelegt?

Im August, sechs Monate nach der Verhaftung. Vier Monate vorher hat mein Anwalt erstmals Haftprüfung und meine Freilassung beantragt. Am Tag der Haftprüfung, d.h. am 5. Mai 1988, erhielt ich plötzlich einen zweiten Haftbefehl. darin war nun wieder von meiner angeblichen

Beteiligung an dem Mord in Rüsselsheim die Rede. Außerdem wurde ich nun der Urkundenfälschung beschuldigt, weil 1984 in einer Essener Wohnung ein Paß mit meinem Foto gefunden worden sei, der auf einen anderen Namen lautete. Der Vorwurf des versuchten Mordes an H.D. tauchte dafür nicht mehr auf. Beweis der Bundesanwaltschaft (BAW) für meine angebliche Beteiligung an dem Mord in Rüsselsheim: Ein Zeuge habe behauptet, ich sei ein paar Wochen vorher in Rüsselsheim gewesen. Der "Beweis" für meine angebliche Beteiligung am "Volksgericht" über H.D. war dessen Aussage vor der Polizei, er habe mich im Kurdistan-Komitee gesehen und ich hätte mit anderen in fünf Minuten das "Urteil" des "Volksgerichts" gegen ihn überprüft und seiner Hinrichtung zugestimmt. (...)

Der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof hat ein Haftstatut für die kurdischen politischen Gefangenen erlassen. Wann war das, und wie sah dieses Haftstatut aus? Welche Folgen hatte dieses Haftstatut für deine Verteidigungs- und Informationsmöglichkeiten?

Das erste Haftstatut wurde gleich nach meiner Verhaftung verhängt: Einzelhaft, Einzelhofgang, keine Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen, Fliegennetze vor den Zellenfenstern, Verbot des Kontakts mit allen Gefangenen, die KurdInnen sind. Alles weitere, also zB Zeitungen, Fernseher, Radio usw müsse beim Ermittlungsrichter beantragt werden, der werde das dann entscheiden.

(...)So bekam ich erst nach fünf Monaten Haft den ersten Besuch. Gleichzeitig wurde mir jetzt zum ersten Mal erklärt, warum ich die Zeitung "Berxwerdan" nicht beziehen dürfte: Diese diene der Publikation der offiziellen Verlautbarungen der PKK und verfolge unter anderem das Ziel, deren Mitglieder ideologisch zu festigen und in ihrem Kampfwillen zu stärken. Deshalb würde der Bezug dieser Zeitung den Zweck der Untersuchungshaft gefährden. Damit war der Zweck der U-Haft klar ausgesprochen! (...)

Mehrere kurdische Organisationen, u.a. der Verband kurdischer Ärzte, haben sich für euch eingesetzt, gegen die Haftbedingungen protestiert, erkrankte kurdische Gefangene, die schon in türkischen Gefängnissen gefoltert wurden, untersuchen wollen. Was ist daraus geworden?

Mir ist von den diesen Forderungen nie etwas mitgeteilt worden. Soweit ich weiß, ist eine solche Untersuchung bei Yasemin Gedik in Bielefeld (die seit ihrer jahrelangen Haft in türkischen Gefängnissen erkrankt ist) abgelehnt worden. Statt dessen ist das Büro des Vereins kurdischer Ärzte in Bonn von BKA-Beamten auf Antrag der Bundesanwaltschaft auch noch durchsucht worden. (...)

Welche Ziele verfolgt die BRD mit diesem Prozeß gegenüber der PKK und dem kurdischen Befreiungskampf, und wie schlägt sich das in dem Verfahren nieder?

Das allgemeine Ziel der BRD in diesem Prozeß ist allgemein bekannt. Deshalb werde ich hier nur Stichpunkte nennen, wie: Dem internationalen Befreiungskampf in Kurdistan und seiner führenden Kraft, der PKK, soll der Stempel "Terrorismus" aufgedrückt werden. Die Unterstützung des Kampfes durch die kurdischen Werktätigen in Europa soll durch Kriminalisierung und Verfolgung unterbunden werden. Natürlich schlägt sich das in dem Verfahren nieder. Abgesehen davon, daß wir sowohl durch die Haftbedingungen als auch durch die Presseerklärungen des Generalbundesanwalts als "gefährliche Unmenschen" dargestellt werden und dementsprechend behandelt wurden, versuchte man auch, viele von uns durch irgendwelche Versprechungen dahingehend auszunutzen, daß sie als sogenannte "Kronzeugen" in dem Verfahren auftreten. Es ist bekannt, daß die Anklage sich auf drei dubiose "Kronzeugen" stützt. Diese sollten so gestärkt werden.

Mir zum Beispiel hat die Bundesanwaltschaft Anfang Januar dieses Jahres indirekt ein "Geschäft" angeboten. Ich hatte vor zwei Jahren einen Unfall gehabt und mir ein Bein gebrochen. Da ich damals noch keine amtliche Aufenthaltserlaubnis hatte, war ich unter anderem Namen im Krankenhaus behandelt worden. Über diesen Fall wollte nun die BAW von mir Aussagen haben für ihre Theorie, ich sei damals in "Parteihaft" der PKK gewesen und dabei verwundet worden. Gegenüber meinem Anwalt jedenfalls hat die BAW angedeutet, bei einer solchen Aussage von mir, würden die Anklagen wegen §129a, der sogenannten "Freiheitsberaubung" usw sofort fallengelassen werden und ich würde freigelassen. (...)

Zum Schluß: Kannst du uns etwas über die gegenwärtigen Haftbedingungen der noch inhaftierten kurdischen politischen Gefangenen sagen?

Wie ihr wißt, hat das OLG Düsseldorf nach der Übergabe des Verfahrens dorthin die Haftbedingungen aller Gefangenen noch einmal extrem verschärft. Nach dem Beschluß dieses Gerichts vom 15.11.88 waren uns zB auch UKW-Radios untersagt, Fliegennetze wurden wieder eingeführt, die Besuchszeiten verkürzt, alle Zeitungen durften nur noch über die Anstalt bezogen werden usw. Der Bezug von Zeitungen wie den "Politischen Berichten" oder dem "Kurdistan-Rundbrief", "Al

Karamah" u.a. wurde pauschal abgelehnt, weil solche Veröffentlichungen angeblich nicht im allgemeinen Handel erhältlich seien, ebenso der Bezug von Kopien, Zeitungsausschnitten, Paketen, usw. Der BGH hatte uns teilweise erlaubt, in geringem Umfang am Fernsehn teilzunehmen usw. All das wurde jetzt wieder untersagt. Sogar Ausgaben des "Spiegels", UNO-Beschlüsse und alle fremdsprachigen Bücher und Poster von Özalan wurden angehalten.

Dagegen haben wir uns mit unserem. Hungerstreik gewehrt. Jetzt sind Radios mit UKW-Teil wieder zugelassen, der Bezug von Zeitungen ist erleichtert. Inzwischen machen die Gerichte dabei aber wieder Schwierigkeiten. In Köln beipielsweise bekam ich vor meiner Freilassung nur solche Zeitungen, die auch in Köln erhältlich seien, nicht direkt vom Verlag. Die Fliegengitter blieben, der Ausschluß von Gemeinschaftsveranstaltungen ist nun teilweise aufgehoben. Die Einzelhaft bleibt für alle Gefangenen bestehen, ebenso das Verbot des Bezuges aller Publikationen,

die irgendwie der PKK nahestehen. Fast alle "Erleichterungen" sind aber nicht schriftlich zugestanden, sondern nur in der Praxis und können damit jederzeit wieder aufgehoben werden. Vor unserem letzten Hungerstreik lehnte beispielsweise der Haftrichter bei Yasemin Gedik jede Untersuchung durch einen Arzt, der nicht aus der Anstalt kommt, ab. Hasan Hayri Güler war 1988 am Arm opperiert worden und hatte dabei ein Metallstück eingesetzt bekommen. Dieses Metallstück sollte nach einiger Zeit herausgenommen werden. Das hat das Gericht erst nach 30 Tagen Hungerstreik untersucht. Andere haftbedingungen bleiben weiter in Kraft. So enthält das Haftstatut immer noch die Festlegung, daß wir bei jedem Transport an Händen und Füßen gefesselt werden sollen.

übernommen aus:
»Arbeiterkampf« Nr 310, 18.9.89
das Interview wiederum wurde vom Arbeiterkampf den »Politischen Berichten« Nr 19,

15.9.89, Zeitschrift des BWK entnommen.

# Diplomatische Offensive der FMLN

"Wenn es spätestens am 15. November gelingen sollte, einen Waffenstillstand zu schliessen, ist die FMLN bereit, als ersten Schritt für ihre Beteiligung am politischen Leben El Salvadors eine Partei zu gründen, in die sämtliche Führungskader und Aktivisten der FMLN integriert werden." Mit diesem Kernsatz des "Vorschlags der FMLN für eine Demokratisierung und einen gerechten und dauerhaften Frieden" begann am 6. September in Mexico-Stadt der dreitägige Dialog zwischen Vertretern der salvadorianischen Regierung und dem "Frente Farabundo Marti de Liberacion Nacional", der dem achtjährigen Bürgerkrieg in El Salvador ein baldiges Ende bereiten soll.

(APIA; TATblatt-Wien)

Als einen "Schritt, der große Risiken mit sich bringt", stellte der Wortführer der RebellInnen, Kommandant Joaquin Villalobos, den bisher weitestgehenden Verhandlungsvorschlag der FMLN der Weltpresse vor:

-In einer ersten Periode, die am 15. November mit einer vorläufigen Waffenruhe besiegelt werden soll, fordert die FMLN u.a. die sofortige Einstellung der staatlichen Repression, die Verurteilung der Mörder von Erzbischof Oscar Arnulfo Romero und aller anderen Mitglieder der Todesschwadrone, sowie militärische Garantien zur Sicherstellung des Waffenstillstandes.

-In einer zweiten Etappe, die spätestens am 31. Jänner 1990 mit einem definitiven Waffenstillstand und der vollen Integration der RebellInnen ins zivile Leben El Salvadors abgeschlossen werden soll, werden eine Vorverlegung der nächsten Parlamentswahlen, eine Reform des Wahlgesetzes, sowie eine Säuberung und Re-

duktion der Streitkräfte auf das für die Landesverteidigung notwendige Mindestmaß gefordert.

Um die Ernsthaftigkeit ihres Verhandlungsvorschlags zu unterstreichen, war die FMLN mit zwei ihrer obersten militärischen Befehlshaber, dem Guerillakommandanten Joaquin Villalobos und dem Generalsekretär der KP El Salvadors, Shafik Handal, sowie der gesamten politisch-diplomatischen Kommission der Befreiungsbewegung in einem kleinen Hinterzimmer des mexikanischen Sozialversicherungsinstituts erschienen.

Ihnen gegenüber fiel die Regierungsdelegation, bestehend aus dem pensionierten Oberst und Präsidentschaftsminister
Juan Antonio Martinez Varela, dem Justizminister Santamaria und drei salvadorianischen Rechtsintellektuellen, die sich in
Schweigen hüllten, sichtbar ab. Erst am
Vortag hatte Präsident Alfredo Cristiani
bei den ersten Diskrepanzen, die über die
Frage der Beiziehung eines UNO-Vertreters entstanden waren, den beiden Vertre-

tern der katholischen Kirche El Salvadors eine Vermittlerrolle zugestanden.

Auch im übrigen beharrte die Regierung der rechtsradikalen ARENA-Partei auf ihrer Strategie des Leisetretens: nicht nur daß sie sich die Geheimhaltung des Treffens ausbedungen hatte; sie zeigte sich angesichts des Vorschlags der FMLN auch offensichtlich in ihren von Präsident Cristiani übertragenen Kompetenzen überfordert und versuchte den ganzen ersten Tag des Dialogs mit Formfragen Zeit zu schinden.

Erst am ursprünglich nicht vorgesehenen dritten Verhandlungstag konnte dann ein 10 Punkte umfassendes gemeinsames Kommunique verabschiedet werden, in dem sich beide Parteien auf die Fortsetzung des Verhandlungsprozesses in mehreren monatlich abzuhaltenden Dialogrunden einigten, zu denen auch Beobachter Innen von internationalen Organisationen zugezogen werden sollen.

# Daimler Benz rüstet auf

#### Daimler-Benz und Deutsche Bank bauen einen neuen Rüstungskonzern

Mit einem kräftigen Kursanstieg der Daimler-Benz-Aktie hatte die Börse Tage vor der öffentlichen Verkündung das Ergebnis bereits vorweggenommen: Die Ministererlaubnis für die Daimler-Benz-AG, sich MBB in ihr Reich einzuverleiben. Damit ist das Kapitel "Neuordnung der bundesdeutschen Luft- und Raumfahrtindustrie" beendet, an dem viele mitgeschrieben haben. Die CDU/CSU, die SPD, nicht nur während ihrer Regierungszeit, sondern auch in Gestalt der Länderregierungen von Bremen und Hamburg, die maßgeblich an MBB beteiligt sind, und schließlich die einem mittelständischen Klientel verpflichtete FPD, deren Wirtschaftsminister als Genehmigungsminister den letzten Akt vollzog und in arge Legitimationsschwierigkeiten geraten ist. Daran ändern auch einige polit-kosmetische Auflagen nichts, in denen selbst CDU-MittelständlerInnen und das Handelsblatt keine "schmerzlichen Einschnitte" erkennen konnten.

Mit der Begründung "Abbau von Subventionen" haben Staat und Politiker in Absprache und Übereinstimmung mit den Herren der Deutschen Bank und Daimler-Benz Industrie- und Wirtschaftspolitik betrieben; Erinnerungen an alte Theorien werden wach. Die Zuschüsse für den Airbus, an dessen Bau MBB beteiligt ist, gehen indessen nicht zurück, sondern laufen in Milliardenhöhe weiter. Das hat Daimler-Benz schriftlich. Und die Arbeitsplätze bei MBB sind keineswegs gesichert, vielmehr werden alle Standorte unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten durchleuchtet. Umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen sind zu erwarten

#### "WAS GUT IST FÜR DAIMLER-BENZ IST GUT FÜR DIE BUNDESRE-PUBLIK DEUTSCHLAND"

Die größte Fusion in der Nachkriegszeit führt in vieler Hinsicht zu neuen Dimensionen, sie führt zum mit Abstand größten bundesdeutschen Industriekon-

zern mit einem Umsatz von über 80 Milliarden DM (bisher 73 Mrd); Siemens, die Nummer 2, bringt es gerade auf knapp 60 Mrd DM. Mit fast 380.000 Beschäftigten wird der Konzern mit dem Stern der größte Arbeitgeber. Aus den Töpfen des Wirtschafts-, Forschungs- und des Kriegsministers erhält er die meisten Steuergelder. Und die ach so feine erste Adresse der bundesdeutschen Wirtschaft wird zum Rüstungsmonopolisten, der die anderen Kriegsgerätebauer zu Zulieferern degradiert und in sich alle nennenswerten Kapazitäten der zukunftsträchtigen Luft- und Raumfahrtindustrie vereint. Schließlich verdient das feinste Geldhaus der Bundesrepublik Beachtung. Die Deutsche Bank hat als größte Aktionärin von Daimler-Benzihren Einfluß auf die Industrie erheblich erweitert und sich damit noch deutlicher von ihren Konkurrentinnen abgesetzt.

Der Umfang der Rüstungsproduktion des Daimler-Benz-Konzerns ist erschrekkend. Hergestellt werden Militärfahrzeuge, Triebwerke für den Tornado und Motoren für den Panzer Leopard 2, er beteiligt sich am Bau des Erdkampfflugzeuges Alpha Jet, produziert Militärelektronik und ist einer der größten Produzenten von Torpedos und Minen in der Welt. Durch den Kauf von MBB kommt nun auch noch der Bau von Militärflugzeugen (Tornado und Jäger 90 geplant), Hubschraubern, Raketen, Minenkampfbooten und anderen Waffen hinzu und er stößt in den Weltraum vor (Raumbegleiter Hermes und Trägerrakete Ariane 5). Insgesamt werden mit diesen meist offensiven Kriegsmitteln zur Zeit 11,8 Milliarden DM umgesetzt (einschließlich MBB). In der Rangliste der größten "Wehrtechnik"-Unternehmen folgt die Rheinmetall-Gruppe mit 1,2 Mrd auf Platz 2. Allein diese Zahlen machen das Kräfteverhältnis schlagartig sichtbar. Mit Hilfe der Kapazitäten und des technologischen Know-hows von MBB erhält Daimler-Benz nun die Möglichkeit, als "Systemführer" bei allen relevanten Rüstungsprojekten aufzutreten und den Konkurrenten die technologischen und finanziellen Bedingungen zu diktieren.

Diese Machtstellung wollen Deutsche Bank und Daimler-Benz-Manager auch im europäischen Maßstab erlangen, das haben sie unverhohlen bei der öffentlichen Diskussion ihrer Strategien verkündet. Die "Neuordnung der bundesdeutschen Luftund Raumfahrtindustrie" sei nur ein erster Schritt, dem weitere auf europäischer Ebene folgen würden. Die Strategie ist nicht unbedingt besonders originell - der Dreizack knüpft damit an seine Rolle als Rüstungskonzern im Faschismus an damit aber nicht weniger gefährlich. Das Kapital konzentriert - zum Teil mit direkter Beteiligung des Staates - gewaltige Kapazitäten in sogenannten Wachstumsindustrien, die meistens Kriegsrüstung herstellen. General Motors in den USA war Vorreiter dieser Entwicklung und ist Vorbild von Daimler-Benz; Fiat/Italien, Matra/Frankreich, Mitsubishi/Japan, um nur einige Namen zu nennen, fahren diese Strategie. Siemens ist derzeit u.a. mit der Übernahme von Plessey/Großbritannien dabei, sich eine weltweit führende Position bei der Militärelektronik zu schaffen. Der Imperialismus bereitet sich auf neue Auseinandersetzungen vor, bei denen "Rüstung" offenbar eine wichtigere Rolle einnehmen soll als bisher. Anders machen die umfangreichen Investitionen in diesem Bereich, für die einzelnen Konzerne profitabel sein sollen, keinen Sinn. Eine erschreckende Dimension. Und es verwundert wenig, daß Deutsche Bank- und Daimler-Benz-Manager auf die bisher viel zu zaghaft geäußerte Kritik allergisch reagieren und am liebsten den Begriff "Verteidigungskonzern" im Grundgesetz verankert sähen.

übernommen aus:

»Arbeiterkampf« Nr 310, 18.9.1989

zu beziehen über:

Hamburger Satz- und Verlagskooperative; Lindenallee 4; 2000 Hamburg 20

bezahlte Anzeige:

NATURLICH.



Naturkost Spittelberg, Bersta-Produkte, Spittelberggasse 24, 1070 Wien, Tel. 0222/936192, Mo-Fr 9.00-18.30, Sa 9.00-12.00.
MITGLIED DER IG-NATURKOST

# Propaganda für Suharto

Seit heuer ist die dienstälteste Militärdiktatur der Welt, das Indonesien Suharto's, auf Druck der Wirtschaftslobby Schwerpunktland der Entwicklungshilfe. Kredite zu Superkonditionen, schönfärberische Berichte der Botschaft in Jakarta und Propagandaveranstaltungen der indonesischen Botschaft in Wien sorgen für ideale Bedingungen "zum Ausbau der Wirschafsbeziehungen mit dem Schwellenland Indonesien".

(TATblatt-Wien)

Der Besuch Vizekanzler Rieglers in Indonesien endete am 20.09. mit der Zusicherung weiterer günstiger Kredite. Bereits seit 1986 — der Amtszeit von Leopold Gratz als Außenminister — erhält Indonesien langfristige Mittel zu 3,5% Zinsen, wobei die Differenz zu den marktüblichen Zinsen von der öffentlischen

Hand bezahlt wird. Von dieser indirekten Subventionierung österreichischer Unternehmen, die im Gegenzug Aufträge erhalten, profitieren etwa ein Dutzend Unternehmen. Beispiele sind VÖEST, ELIN. Chemie Linz, Andritz, Austroplan, SGP, u.a. Die finanziellen Transaktionen rund um die Indonesien-Geschäfte und Kontakte im Vorfeld laufen hauptsächlich über CA, Länderbank und GZB (Raiffeisen). Daß

dabei auch direkte persönliche bzw. familiäre Kontakte möglicherweise nicht ohne Bedeutung sind, zeigt das Beispiel Cirata, ein Kraftwerk auf der Insel Java. Der Generalsekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Thomas Klestil, intervenierte in Indonesien für "eine Beteiligung Österreichs bei der zweiten Ausbaustufe" (Cirata II); die ELIN, deren Chef Guido Klestil ist, lieferte für Cirata I die Generatoren

Das Vorgehen österreichischer Firmen und Politiker läßt den Schluß zu, daß ein Ausweg aus der "Kraftwerkskrise" in Österreich durch Expansion ind Ausland gesucht wird. Trotz katastrophaler Folgen 60.000 vertriebenen Menschen und enorme Gewässerbelastung durch Schwermetalle im Stauraum von Cirata - setzt die Kraftwerksmafia noch immer auf Superdämme. Ob Cirata II überhaupt noch gebaut wird, ist höchst fraglich. Nachdem Cirata I noch zu 75% von der Weltbank finanziert worden war, winkte der Leiter des Asia Departments der Weltbank, Izzet Zincir, ab: "Es ist kein zweiter Damm bei Cirata vorgesehen."

Diplomatisch steckt die Regierung Suharto vor allem wegen der Besetzung Osttimors in der Klemme. Besonders die Bewegung der Blockfreien verurteilt die Massaker (ein Drittel der Bevölkerung ermordet) und die andauernde Besetzung bei jeder Sitzung. Österreichs neuer Botschafter in Jakarta, Herbert Kröll, besuchte Osttimor vom 06. bis 09. Juni und verlautbarte, daß "Osttimor genauso sicher ist, wie jede andere Provinz...Einmal ging ich

die Gefangenen besser als in Europa behandelt würden und die Versorgung wunderbar sei.

Den indosesischen Behörden werden von Menschenrechtsorganisationen systematische Folter, "Verschwindenlassen" und Exekutionen ohne Gerichtsverhandlungen vorgeworfen, wobei zB. Amnesty International über ausreichende Beweise

verfügt. Aber Kröll sah ja auch nicht die Malariaepedemie, die TBC-Erkrankungen (70% der Bevölkerung sind infiziert) und die praktisch nicht existierende ärztliche Versorgung. Selbstverständlich blieben ihm auch die 92% AnalphabetInnen verborgen, die eine kurz darauf anwesende Delegation indonesischer Parlamentarier feststellte.

Der Wert des Kröll-Berichts dürfte aber selbst für die indonesische Regierung

praktisch Null sein, denn solche offensichtlichen und plumpen Schönfärbereien erwiesen sich bereits bei anderen Gefälligkeitsbesuchen ausländischer Besucher als

#### **WEST-PAPUA** — die Kolonie

West-Papua, der indonesische Teil Neuguineas, wird nach offizieller Meinung von "isolierten und zurückgebliebenen Völkern" bewohnt; eine solche "Herausforderung für die indonesische Nation" bedarf spezieller Mittel der "Zivilisierung".

Seit 1963 wurde 1/5 der Bevölkerung umgebracht, die übrigen leiden unter Flächenbombardements, militärischen Strafaktionen und Zwangsumsiedelungen. Besonders die Massenumsiedlung von hauptsächlich javanischen Familien (Transmigrasi) und die Zerstörung der Regenwälder setzt den Papuas zu. Falls Transmigtasi im bisherigen Ausmaß weitergeführt wird, sind die Papuas in zehn Jahren eine Minderheit im eigenen Land. Missionsgesellschaften tragen das Ihre zur Vernichtung der Kultur der Papuas bei.

Seit Beginn der indonesischen Kolonialherrschaft leistet die "Organisation Freies Papua" (OPM) Widerstand. Im Gegenzug dazu scheuen indonesische Truppen nicht davor zurück, die OPM bis ins benachbarte Papua-Neuguinea, das 1975 von Australien unabhängig wurde, zu verfolgen.

allein un 10 Uhr nachts in mehrere Dörfer in der Nähe Dilis (Dili = Hauptstadt Osttimors, Anm.); ich traf keinen Taschendieb oder Räuber..."Neben diesen fundamentalen Erkenntnissen stellte er noch fest, daß



brauchbar.

Wenig öffentliches Interesse erweckte die Propagandavorstellung der indonesischen Botschaft und des Völkerkundemuseums mit Unterstützung eines Vertreters des Außenministeriums, Kogler, am Heldenplatz in Wien. Eigens eingeflogene Papuas vom Volk der Asmat mußten im Juni 1989 bei regnerischem Wetter im Baströckchen Tänze aufführen, die die angeblich "steinzeitlichen" Asmat dem österreichischen Volk näherbringen sollten.

Hintergrund dieser jährlich durch europäische Städte ziehenden Show auf Kosten der indonesischen Regierung sind die Vorwürfe des Völkermords an den Papuas durch das indonesische Militär in West-Papua. Durch eine "Asmat Progress

and Development Foundation", der Frau Tien Suharto vorsteht und deren Beirat und Finanziers von Armeechef Try Sutrisno bis zu diversen Multis (Shell, Caltex, usw.) reicht, sollen die Asmat entwickelt werden. Alle Papuas heißen im indonesischen Sprachgebrauch "isolierte und zurückgebliebene Völker" und sind Zwangsumsiedlungen, der Zerstörung ihres Lebensraumes Regenwald und militärischen Strafaktionen ausgesetzt.

Im Interesse guter wirtschaftlicher Beziehungen wirken Leute wie Prof. Manndorf (Völkerkundemuseum) und Botschafter Kröll an der Verbreitung indonesischer Lügen mit, die von Entwicklung bei Völkern sprechen, die konkret vom Untergang bedroht sind.

Der Schwerpunkt der österreichischen Aktivitäten außerhalb

Europas hat sich stark in Richtung Asien verlagert. Vranitzky in Thailand, Mock in Südkorea und Riegler in Indonesien zeigen, daß die Solidaridatsbewegung in Österreich vor neuen Aufgaben steht. Nach den Einbrüchen in Nahost und Lateinamerika konzentriert sich die Rüstungslobby und Kraftwerksmafia auf Ost- und Südostasien. Erst vor zwei Monaten erhielt die bundesdeutsche Tochter der Universale (Sitz: München) den Auftrag für ein Wasserkraftwerk, in Malaysia. Thailand bestätigte Vranitzky den geplanten Kauf von 18 Noricum-Kanonen, der wohl kaum zu verhindern sein wird, auch wenn ein Export nach dem Kriegsmaterialgesetz nicht zulässig ist. Die schon im Besitz der thailändischen Armee befindlichen Kanonen wurden mehrfach bei Grenzkonflikten mit Kampuchea eingesetzt. Ob Österreichs Botschafter im Bangkok davon etwas gehört hat?



ORFloch unter Papuas

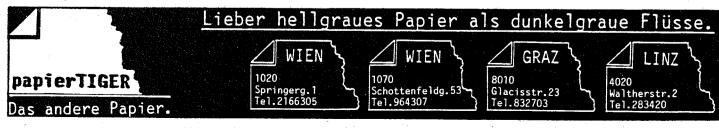
bezahlte Anzeige:

# Nicaragua: Einheitskandidaten entzweien Opposition

(APIA; TATblatt-Wien)

Die 59jährige Verlegerswitwe Violeta Barrios de Chamorro und der Liberale Virgilio Godoy wurden Samstag nach zähen Verhandlungen vom Oppositionsbündnis UNO als Präsidentschaftsund VizepräsidentschaftskandidatInnen gewählt. Das Gespann muß sich am 25. Februar mit dem regierenden Daniel Ortega messen. Damit setzte sich die von den Präsidenten Oscar Arias von Costa Rica und Carlos Andres Perez von Venezuela favorisierte Formel durch, die wahrscheinlich auch den Wünschen des Weißen Hauses entspricht. Teile der Basis der Ultrarechten fühlen sich jedoch übergangen und rufen zum Wahlboykott auf.

Ein weiterer der sieben KandidatInnen ist der Bauunternehmer Moises Hassan. Der FSLN-Dissident, der vor anderhalb Jahren als Bürgermeister von Managua abgesetzt worden war (und vorher zB. auch Arbeitsminister war), wird neben Daniel Ortega und Violeta Chamorro das dritte Mitglied der ersten Revolutionsjunta sein, das sich um das "höchste Amt" bewirbt. Moises tritt im Feber für die linke Splitterpartei MUR (Bewegung der Revolutionären Einheit) zu den Wahlen an. Die MUR ist eine der jüngsten der 20 Oppositionsparteien und rekrutiert sich vornehmlich aus DissidentInnen der anderen Linksparteien.



# **Black Panther**

# Die Situation der schwarzen Bevölkerung in den USA.

Black Power war eines der Symbolwörter in den sechziger Jahren. Die schwarze Bevölkerung in den USA, die sich selbst vielfach African Americans oder New Africans nennt, entwickelte in dieser Zeit ein neues Selbstbewußtsein und stellte sich mit erhobener Faust dem täglichen Rassismus entgegen.

(armes deutschland, Nr. 5/89)

Zuerst war es die Bürgerrechtsbewegung mit Martin Luther King an der Spitze, die sich für Reformen mit dem Ziel der bürgerlichen Gleichberechtigung einsetzte. Etwa in der Mitte der sechziger fand eine zunehmende Radikalisierung statt, welche sich u.a. in zahlreichen Unruhen und Aufständen, sowie organisatorisch in der Black Panther Party (BPP) ausdrückte

Den Panthers ging es nicht mehr um reformistische Zielsetzungen. Sie richteten sich vielmehr gegen die Wurzeln des Rassismus, welche sie in den Strukturen des kapitalistischen Systems sahen. Um dieses zu stürzen, wurde der politische wie auch der bewaffnete Kampf auf allen Ebenen propagiert. Langfristiges Ziel war die Errichtung eines unabhängigen schwarzen Staates auf einem Teilgebiet der USA. In ihrem Kampf solidarisierten sich die Panther mit den "native People", den nordamerikanischen IndianerInnen und sahen sich selbst als einen Teil des weltweiten antiimperialistischen Kampfes.

Nach Jahrzehnten der Ausbeutung und Unterdrückung der Schwarzen in den USA gaben vor allem die Panther den Anstoß, das damit verbundene Minderwertigkeitsgefühl der African Americans zugunsten eines neuen Selbstbewußtseins, basierend auf einem Bekenntnis zum eigenen Volk und dessen Geschichte, zu überwinden. Auch gelang es der BPP in ihrer Hochzeit, die destruktive Verweigerungshaltung der schwarzen Jugend in ein Aufbäumen gegen die eigentlichen Ursachen ihrer Situation zu verwandeln. Ein weiterer Erfolg war die zumindest zeitweilige Etablierung von Selbsthilfegruppen und gegenkultureller Strukturen, wie Volksküchen oder die kostenlose Verteilung von Kleidern. Die Bedeutung der Panther lag allerdings vor allem darin. daß sie die Notwendigkeit und Möglichkeit des bewaffneten Kampfes im Herzen der Bestie vor dem Hintergrund einer massenhaften Unterstützung aufzeigten.

Die BPP wurde dementsprechend schnell zum Schreckgespenst der herrschenden Weißen. Die Staatsmacht ging entsprechend hart vor. Nach Jahren der Rebellion gelang es dem CIA, die Panthers zu unterwandern und letztlich zu zerschlagen. Viele BPP-Mitglieder wurden verhaftet oder ermordet. Ein weiterer Grund für den Niedergang waren interne Auseinandersetzungen über den politischen Weg der BPP, sowie, nicht zuletzt, die patriarchalen Strukturen innerhalb der Organisation

#### **DIE SITUATION HEUTE**

Rund zwanzig Jahre später hat sich die soziale und politische Situation der Schwarzen in den USA nur geringfügig verbessert. Der Rassismus ist noch immer Alltag. Dem Staat ist es jedoch gelungen, sich auf den politischen Widerstand einzustellen und ihn nachhaltig zu schwächen. Eine den Black Panthers in Bezug auf ihre Zielsetzung und ihren Rückhalt in der Bevölkerung vergleichbare Organisation gibt es heute nicht mehr.

Die Politik der verschiedenen US-Regierungen und deren Hintermänner konzentrierte sich - neben der Unterdrückung jeglichen Widerstands - vor allem auf eine scheinbare Integration der schwarzen Bevölkerung in das System. In Folge der Black Power-Unruhen pumpte der Staat Millionenbeträge in schwarze systemkonforme Wirtschaftsstrukturen. Eine langfristige Wirkung war die Herausbildung einer dünnen schwarzen Mittelschicht, die immer wieder von den US-Administrationen als Beispiel der Integration propagandistisch mißbraucht wurde. Vorzeigeobjekte sind zudem noch die schwarzen Sportund Showstars, welche die Illusion der TellerwäscherInnenkarriere, also des Aufstiegs des armen Jungen zum umjubelten Superstar aufrechterhalten. Ein letztlich nicht zu verwirklichender Traum, den Millionen Menschen träumen; der gleichzeitig dem System den Schein von Gerechtigkeit und Offenheit gibt.

Scheinbare Integration bedeutet Manipulation des Bewußtseins und der Bedürfnisse. Neben den beschriebenen Zusammenhängen ist es vor allem das in den USA allmächtige Fernsehen, das diesen Prozeß vertieft. Die in den USA rein auf kommerzieller Basis arbeitenden TV-Anstalten tragen die entsprechenden staatstragenden Inhalte in die Köpfe der Konsument Innen. Sexistische Verhaltensnormen oder gewalttätiges Vorgehen als Mittel zur Durchsetzung persönlicher Ziele werden durch TV Sendungen als etwas normales und alltägliches dargestellt. Glück, so die vermittelte Grundeinstellung, läßt sich nur durch materiellen Wohlstand erreichen. Das Weltbild der TV-KonsumentInnen, gleich welcher Hautfarbe, wird entsprechend geformt.

Es ist eine charakteristische Erscheinung spätindustrieller Gesellschaftssysteme, daß die offene Unterdrückung großer Teile der Bevölkerung zugunsten einer verdeckten psychologischen Manipulation zurückgegangen ist. Jedoch kommt es noch immer dort, wo die konkrete Situation ein nicht mehr erträgliches Ausmaß erreicht hat, zu offenen Rebellionen. Der Aufstand in mehreren - hauptsächlich von Schwarzen bewohnten - Stadtvierteln in Miami Anfang des Jahres macht dies deutlich.

Oberflächlicher Auslöser war die Ermordung eines Schwarzen durch einen Polizisten. Im Anschluß daran entwickelte sich eine Straßenschlacht zwischen Polizisten und schwarzen Jugendlichen. Die Auseinandersetzungen breiteten sich schnell aus. Die Staatsorgane verloren zeitweilig völlig die Kontrolle über die Situation, gingen dann aber umso härter vor. Einzelne Stadtteile wurden abgeriegelt und Ausgangssperren verhängt. Der Aufstand konnte so unterdrückt werden. Zynischerweise hatte die Stadt Miami kurz vor den Unruhen mit Millionenbeträgen eine Kampagne gestartet, die das von Rassenkonflikten, sozialen Konflikten, Gewalt und Drogen geprägte negative Bild der Stadt aufbessern sollte, zugunsten eines sonnigen und problemlosen Images

#### STREETGANGS, DROGEN UND DIE VERWEIGERUNG DER SCHWARZEN JUGEND

Unruhen, wie die in Miami, bilden jedoch eine Ausnahme. In der Regel entladen sich derzeit die angestauten Energien nicht bewußt gegen die Staatsmacht. Der tägliche Widerstand der Jugend zeigt sich vielmehr in einer destruktiven Verweigerungshaltung. So z.B. in Vandalismus und Kriminalität oder auch in einer Verweigerung gegenüber staatlichen Zwangseinrichtungen wie die Schule.

Drogen spielen hierbei eine besondere Rolle. Sie ermöglichen eine Flucht aus der zerstörerischen Realität in eine Scheinwelt, die zumindest zeitweise den Alltag vergessen läßt. Den Augenblick leben, so genußvoll wie es nur geht, weil es keine Hoffnung im Morgen gibt...

Den Lebensinhalt der meisten schwarzen Jugendlichen in den Großstädten

bilden die Streetgangs. In der Acht-Millionen-Metropole Los Angeles gehören ihnen rund 80.000 Jugendliche an. Sie bilden den einzigen Bezugspunkt in einer haltlosen Umwelt. Innerhalb der Gangs, wie auch im Verhältnis zu anderen, gilt das Recht des Stärkeren. Frauen stehen in der Gruppenhierarchie ganz unten.

Die Auseinandersetzungen zwischen den Gangs haben sich in den letzten Jahren in einem für europäische Verhältnisse kaum vorstellbaren Maße zugespitzt. In den US-amerikanischen Großstädten kam es im Zusammenhang mit den Gangs 1988 zu mehreren Tausend Toten. Verschiedene Städte reagierten hilflos mit abendlichen Ausgangssperren für Jugendliche unter 16 Jahren. Meist geht es bei den Ausemandersetzungen um Drogengeschäfte, die Vorherrschaft in einem bestimmten Revier oder einfach nur um eine Möglichkeit, den unterdrückten Energien freien Lauf zu lassen. Das herrschende Leistungs- und Konkurrenzprinzip ist hierbei auf den reinen Überlebenskampf reduziert. Offene Gewalt in den verschiedensten Formen bestimmt den Alltag.

Die eigentliche Ursache für die innere Frustration bzw. für die Situation, welche die Kämpfe der Gangs bedingt, bleibt jedoch von den Gruppenmitgliedern unerkannt und dementsprechend unangetastet. Im Grunde ist die Subkultur der Streetgangs nichts anderes als ein verkleinertes Abbild der US-amerikanischen Gesellschaft, ist genauso Produkt des patriarchalkapitalistischen Systems. Dennoch liegt auch ihr eine Verweigerungshaltung zugrunde, welche sich unter bestimmten Bedingungen politisch entfalten kann, wie das Beispiel der Black Panthers zeigte.

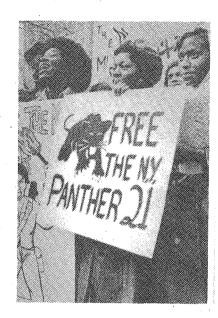
#### DIE POLITISCHEN KRÄFTE

Einen immer größeren Einfluß innerhalb der "Black Community" erlangt derzeit die politisch-religiöse Bewegung "Nation of Islam", besser bekannt als "Black Muslims". Vor allem auf Louis Farrakhan ist es zurückzuführen, daß die schon 1930 gegründete Organisation ein Tief überwand und zu einem neuen Hoffnungsträger für viele Schwarze wurde. Die N.O.I. propagiert separatistische Ziele. Sie fordert einen schwarzen Staat auf dem Gebiet der USA, basierend auf einem "Islam des schwarzen Volkes".

Viel Sympathie erlangte die N.O.I. durch ihr effektives Vorgehen gegen DrogenhändlerInnen. Den Black Muslims gelang, was der Staatsmacht unmöglich erscheint, sie vertrieben die Dealerszene aus einzelnen Stadtteilen. Gleichzeitig hat der N.O.I. eine aufsaugende Wirkung in Bezug auf die unzähligen Streetgangs.

Farrakhan war einst Wahlhelfer des schwarzen Predigers und zeitweilig für die Präsidentschaftskandidatur vorgesehenen Jesse Jackson, der sich inzwischen scharf von der N.O.I. distanziert. Jackson steht für die reformistischen Kräfte in der "Black Community". Ihr Ziel ist nicht ein Hinterfragen oder gar eine Überwindung des bestehenden Gesellschaftssystems, sie wollen im Gegensatz dazu die schwarze Bevölkerung in dieses System integrieren.

Die stärkste reformistische Kraft ist die NAACP, sie gilt als der organisatorische Arm der Bürgerrechtsbewegung. Ihr Einfluß ist allerdings stark gesunken. Während in den sechziger Jahren noch



Hunderttausende an den zentralen Demonstrationen in Washington teilnahmen, waren es bei der letzten größeren im August '88 nur rund 30.000 Menschen.

Radikale Organisationen, die das System grundsätzlich auf einer nichtreligiösen Grundlage in Frage stellen, haben im Vergleich zu den beiden genannten Organisationen verschwindend geringen Einfluß. Die Gedanken der Black Panthers lassen sich am ehesten bei der New African Peoples Organization (NAPO) wiederfinden, einer weltweit aktiven, revolutionärmarxistisch ausgerichteten Gruppierung. Ansonsten sind es fast nur vereinzelte lokale Selbsthilfeorganisationen, Frauenund Schwulengruppen u.ä., die zumindest ansatzweise die bestehenden Verhältnisse grundsätzlich hinterfragen.

#### HIP HOP, SEXISMUS UND DER ALL-TÄGLICHE RASSISMUS

Die meisten dieser politischen Tendenzen spiegeln sich im Hip Hop wieder, der Musik der schwarzen Ghettos. Hip Hop ist geprägt durch einen Sprechgesang (Rap), unterlegt vor allem von monotonen Discorhythmen, welche immer wieder von Textund Musikanspielungen (Samplings) begleitet oder unterbrochen werden. Charakteristisch für die meisten Hip Hop Bands ist die fast ausschließlich männliche Besetzung. Eine Erscheinung, die auch für die

Machtverteilung in den oben genannten größeren Organisationen typisch ist. Die schwarzen Frauen sind zweifach unterdrückt, aufgrund ihres Geschlechts und aufgrund ihrer Hautfarbe.

Hip Hop MusikerInnen übernehmen vielfach die Funktion von AgitatorInnen. Zu den bekanntesten Bands in diesem Zusammenhang gehören wohl Public Enemy. In ihren Texten treten sie offen für die Ziele der Black Muslims ein. In ihrem Auftreten geben sie sich nach außen besonders radikal, vielfach allerdings an der Grenze zur Peinlichkeit. Auch das Machoverhalten vieler Hip Hop Musiker läßt sich an Public Enemy besonders deutlich aufzeigen.

Zu einer Kultfigur geworden ist Afrika Bambaatan. Sein Name steht für eher gemäßigtere Positionen. Er spricht sich für eine Zusammenführung verschiedener Tendenzen aus, bezieht sich dabei auf reformistische wie auch auf radikale schwarze Leitfiguren.

Die Textinhalte der Beat Nigs lassen sich grob zusammengefaßt als sozialrevolutionär bezeichnen. Sie gehören zu den wenigen Bands aus dem Hip Hop Umfeld, die sich nicht völlig dem Diktat der Musikindustrie unterwerfen.

Wie wichtig Aufklärung und Agitation, Protest und Widerstand auf den verschiedensten Ebenen ist, unterstreichen zwei Ereignisse in den letzten Monaten, die beispielhaft für die derzeitige Situation in den USA sind.

Anfang des Jahres lief in den USA der Film "Mississippi burning" an. Thematisch beschäftigt er sich mit der Diskriminierung der schwarzen Bevölkerung. Auf die Frage, warum trotz des antirassistischen Anspruchs des Films die Hauptrollen mit weißen Schauspielern besetzt wurden, antwortete der Regisseur Alan Parker, daß schwarze Hauptdarsteller den Vertrieb von "Mississippi burning" gefährdet hätten....

Das gleiche gesellschaftliche Klima kam im Feber bei der Parlamentswahl in Louisiana zum Ausdruck. David Duke, ein ehemaliger Führer des ultrarassistischen Klu Klux Klans, wurde als Mitglied der regierenden Republikaner ins Parlament gewählt.

Hinweise: Literatur zur Black Power Bewegung und/oder zur Situation der schwarzen Bevölkerung in den USA gibt es derzeit keine. Einzige (?) Ausnahme ist "Comrade George und Attica", erschienen in der Reihe "Geschichte ist eine Waffe" im Agipa Press Verlag (c/o Heiser, Borgfelder Str. 23, 2800 Bremen 1, BRD). Weitere Veröffentlichungen zum Thema sind geplant.

Einen vielschichtigen Einblick ermöglicht die Musik bzw. die Texte verschiedener Hip Hop Bands, wie z. B. der Beat Nigs oder von Public Enemy. Im Hardcore-Musikmagazin "Trust" erschien in Nr. 15 ein teilweise hervorragender Artikel zum Thema "schwarzer Nationalismus und Hip Hop". Entscheidendes Defizit ist allerdings, daß mit keinem Wort auf die Situation der Frauen eingegangen wird.

#### Eduard Z. Nowak

# Hoppala

# Auf den Spuren des prärevolutionären Treibens des Mathias N.

#### **Zum Geleit**

»Auf den Spuren des prärevolutionären Treibens des Mathias N.« ist ein ganz normaler Kriminalroman in mehreren Fortsetzungen. Wie es Romane so an sich haben, ist alles frei erfunden, jede Ähnlichkeit mit tatsächlichen Begebenheiten, lebenden, schon gelebt habenden oder noch zu lebenden Personen ist rein zufällig (wenngleich nicht unbedingt ganz und gar unerwünscht). Wie wohl alle Krimis, will auch dieser seine Leserinnen- und Leserschar keineswegs zur Nachahmung verleiten oder gar zur Setzung illegaler Handlungen anhalten. Oh Nein! Ganz im Gegenteil! »Hoppala

Auf den Spuren des prärevolutionären Treibens des Mathias N.« versteht sich schlichtweg als literarisches Meisterwerk schier beispielloser Präzession und Detailtreue. Und trotzdem: Wie auch bei manch anderem Werk der Weltliteratur ist es auch dieses Romans höchstes Ziel, dem p.t. Lesepublikum hilfreicher Ratgeber und wertvolle Stütze zu sein, bei der Bewältigung-der oft gar kniffligen Probleme und Unbillen des Alltags in einem der imperialistischen Zentralmächte der kapitalistischen Welt.

# Folge 1: Ein Morgen voll Sorgen

onnerstag, 28. September 1989; 8.32 Uhr: Die Sonnenstrahlen dringen bereits mehr als aufdringlich in das anarchistische Schwarz des düster verdunkelten Zimmer des Mathias N.

Mathias N. ist 23 Jahr alt, trägt dunkelblondes, schütteres, bis in den Nacken reichendes Haar und ist zumeist unrasiert. Am linken Ohrläppchen trägt er einen schwarzen Stern in güldener Fassung.

8.33: Mathias wirft sich auf seinem Futon (zu deutsch: auf seiner Matratze) von einer Seite auf die andere. Obwohl die Nacht bereits lange vorbei ist, hat er noch nicht mal geschlafen. Er konnte nicht schlafen und kann es auch bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht. Wahrscheinlich wird er es heute gar nicht mehr können. Denn: er hat ein gutes Gewissen.

Vor etwa sieben Stunden haben er und eine unbestimmte Zahl von GenossInnen dem ausbeuterischen menschenverachtenden Treiben eines sogenannten "Schweine-Konzerns" nicht mehr länger zugesehen. Sie haben eine politische Handlung gesetzt, die anderswo fälschlicherweise als terroristisch, allenfalls als verbrecherisch, mindestens aber als illegal eingestuft werden mag. Der Staat im Allgemeinen, die Polizei im Besonderen, werden sich daraufhin bemüßigt fühlen, alles — oder sagen wir mal: vieles — daran zu setzen, Mathias N. und GenossInnen Einhalt zu gebieten, ihrem Treiben ein jähes Ende zu setzen.

Das düstere Zimmer des Mathias N. ist tadellos aufgeräumt. Es befindet sich nichts, aber auch gar nichts darin, was sich irgendeinem Gesetz gemäß nicht darin befinden dürfte. Insgeheim hofft Mathias, daß es sich auch in den anderen Zimmern der Wohngemeinschaft tendentiell gleichartig verhält (Nur für den Fall der Fälle, daß aus irgendeinem Grund es auf einmal an der Tür klopfen würde. Und daß sich die Tür im selben Atemzug plötzlich eingetreten wiederfinden würde, woraufhin umgehendst eine Horde von Polizisten und Sicherheitswachebeamten die Veranlassung verlieren würde, noch länger diszipliniert auf das Öffnen der Türe zu warten, um nach zuvorkommender Vorzeigung ihrer Dienstmarken nebst eines Hausdurchsuchungsbefehles damit zu beginnen, die Einrichtung zu zerlegen... Wenn diese netten Beamten sich dann erfolglos auf die Suche nach Spuren jener illegalen Handlung der vergangenen Nacht machen, ganz nebenbei aber ein Piece Shit finden, würden sie wohl nicht anstehen, daraus die ihnen angemessen erscheinenden Konsequenzen zu ziehen.)

Die unauffällige Kleidung und die Schuhe, die Mathias N. in der letzten Nacht getragen hat, die zwar schon alt waren, die aber fast keineR je gesehen hat, befinden sich nicht mehr in der Wohnung. An ihnen kleben mit Sicherheit noch die einen oder anderen Spuren der vergangenen Nacht. Hoffentlich fällt es keinem und keiner jemals auf, daß diese Kleidungsstücke verschwunden sind.

Und hoffentlich ist nichts passiert, als die an der Aktion beteiligt gewesene Isabella L. <sup>1</sup> die Kleidungsstücke aller an der Aktion beteiligten Personen, fachgerecht entsorgt hat. Denn was nützt es schon,

wenn die Kleidung mit den Spuren vom Tatort nicht bei den tatverdächtigen Personen gefunden werden, vielmehr jedoch irgendwo anders, well-offich in einem Mistkübel entlang des Weges vom Tatort nach Hause. Und wenn dann die Kleidung nebst den Spuren von der Tat Spuren aufweist, die zweifelsfrei auf die TäterInnen rückschließen lassen... Denn wahrlich: Es nutzt wenig, während der ganzen illegalen Handlung Handschuhe zu tragen, dann aber am Tatort Gegenstände zurückzulassen, die irgendwann vorher — in minderillegalen Lebensabschnitten — mit bloßen Händen berührt worden sind, und die Fingerabdrücke wie auf einem Präsentierteller prä-

Hoffentlich hat diese Entsorgung funktioniert. Eigentlich sind diese Sorgen unbegründet, denn eine solche Sache macht man und frau ja ohnehin nur dann, wenn er/sie sich auf alle anderen hundertprozentig verlassen kann. Aber — Hand aufs Herz — wann kann man/frau das denn schon wirklich?

Matnias schlägt die Augen auf, gleich wieder zu, gleich wieder auf, gleich wieder zu und schon wieder auf. Er läuft zur Wasserleitung und wäscht sich zum vierten Mal alljene Körperpartien, die während der Aktion unbedeckt waren. Dann wäscht er zum zweiten Mal den Vorzimmerboden, um etwaig mitgebrachte Spuren weitgehend zu vernichten.

Es ist inzwischen 9.36 Uhr geworden.

<sup>1</sup> Isabella L. ist sechundzwanzig Jahre alt, hat kurzes wasserstoffblondes, mitunter strähnenweise auch langes grünes Haar. Besondere Kennzeichen: keine. Obwohl Mathias noch immer nicht geschlafen hat, bereitet er sich nun ein herzhaftes Frühstück zu, wovon er aber wahrscheinlich nur den Kaffee hinunterbringen wird. Aber er kann nicht den ganzen Tag verschlafen. Das könnte schließlich auffallen. Ebenso wie es allerdings auffallen könnte, wen er den ganzen Tag verschlafen aussieht. Wie auch immer.

Während sich Mathias nun bei einem Häferl Kaffee mit seiner Angst quält, quälen sich anderswo pflichtbesessene BeamtInnen mit der alltägliche Routine der Auswertung von Spuren, die nicht lange zuvor an sogenannten Tatorten sichergestellt wurden. Mit dabei diesmal: Die Spuren von Mathias N. und seinen FreundInnen.

Die Spuren wurden schon in der Nacht von schlaftrotzenden BeamtInnen aufgesammelt. Nach Schema 08/15, wie wir es jeden Freitag, und auch an manchem Sonntag, ab 20.15 Uhr zu sehen bekommen. Nur viel penibler, genauer und heimtückischer. Penibler, genauer und heimtückischer auch, als es sich Mathias N. und seine FreundInnen wohl in ihren kühnsten Träumen auszumalen gewagt haben.

Die PolizistInnen kamen an den Tatort, blickten um sich, und wußten sofort, was sie zu tun hatten: Sicherzustellen, was es nur so sicherzustellen gab: Erdspuren, Staubspuren, Schmutzspuren, Fingerabdrücke (haben sie natürlich keine gefunden), andere achtlos zurückgelassene Spuren wie Taschentuchflankerln, Zigarettenasche und und und. Sie suchten an allen scharfen Kanten und auch an diesem eingeschlagenen Fenster nach Fasern der Kleidung der TäterInnen. Ebenso stellten sie Glasscherben sicher, um dieses Glas später mit winzistem Glasstaub an Kleidung, Schuhwerk oder Haut etwaig gefaßter Verdächtiger vergleichen zu können. Sie suchten nach Spuren, die verwendete Werkzeuge hinterlassen (zB Schnittspuren eines Bolzenschneiders), die Lackspuren, die eine solche Zange hinterlassen kann und und und. Wenn sie einen dazupassenden Bolzenschneider jemals finden, können sie mit Sicherheit feststellen, ob es das Tatwerkzeug war oder nicht. Das ist dann so eindeutig, wie der Fingerabdruck. den sie mit Sicherheit auf dem Werkzeuge finden werden, weil zumindestens bei dessen Kauf keine Handschuhe getragen worden sind.

Wenn sich bei den polizeilichen Ermittlungen die Spuren "überschneiden", wie es so schön heißt, also Spuren von den TäterInnen am Tatort sichergestellt werden konnten und Spuren vom Tatort bei den TäterInnen beziehungsweise an deren Kleidung gefunden werden, dann sind die Unglücklichen schon so gut wie überführt.

Natürlich kommt es glücklicherweise oft vor, daß sich Spuren quasi selbsttätig vernichten (durch Feuer, Wasser, oder so). Noch viel öfter aber kommt es vor, daß jene, die die Spuren hinterlassen, glauben, daß sich die Spuren quasi selbsttätig vernichten (durch Wasser, Feuer, oder so), hiebei aber einem folgenschweren Irrtum aufsitzen.

So verbrennt, wenn etwas verbrennt, grundsätzlich mal nicht alles. Metallisches bleibt nach Feuereinwirkung zumeist recht unbeschadet zurück. Und auch Fingerabdrücke sind unter bestimmten Bedingungen gegen Umwelteinflüsse mehr oder weniger widerstandsfähig. Je nach Beschaffenheit des Materials, auf das sich die Finger abgedrückt haben, und nach der Oberflächenbeschaffenheit der sich abge-

Blutuntergruppe verlustig geraten. Natürlich haben weder Mathias N., noch eine seiner FreundInnen einen Mord begangen, aber irgendeineR von ihnen könnte sich ja an einer Glasscheibe geschnitten haben.

So vorsichtig Mathias N. und seine FreundInnen auch gewesen sein mögen: Sie können sicher sein, daß sie genug Spuren hinterlassen haben, daß die BeamtInnen vorerst mal genug zu tun haben, bis zu jenem Zeitpunkt, zu dem endlich eine Kopie des "BekennerInnenbriefes" auf ihren Schreibtisch flattert. Diese wird ihnen dann vielleicht die wichtigsten Anhaltspunkte für ihre weiteren Ermittlungen



drückt habenden Finger (Schweiß, Verschmutzung,...) kann sich die Lebensdauer der Abdrücke auch unter Wasser, und bei entsprechender schützender Rußschicht - sogar im Feuer in schier peinlichem Ausmaße verlängern. Bloßes Wegwischen trägt gelegentlich auch mehr zur Bewältigung der eigenen Ängste, als zur Absicherung vor kriminalistischen Elementen bei. Und auch das weitverbreitete Verbrennen schriftlich festgehaltener Beweismaterialien erfüllt kaum wertvollere Dienste als bloßes Durchstreichen, wenn daraufhin nicht die Rußreste - auf denen ohne besondere technische Hilfsmittel jeder Text lesbar gemacht werden kann besonnen entsorgt werden.

Es gibt aber tatsächlich auch Spuren, die so schnell ihre Aussagekraft verlieren, daß sich die Polizei ziemlich sputen muß, um sie rechtzeitig sicherstellen zu können. So müssen beispielsweise Blutspuren noch ausgewertet werden, ehe das Blut eingetrocknet ist, da die BeamtInnen sonst wertvoller Informationen zur Bestimmung der

liefern.

Derzeit liegen die Briefe noch ganz unauffällig nebst unzähligen anderen unauffälligen Briefen auf einem unauffälligen
Postamt dieser unauffälligen kleinen
Großstadt im Herzen Europas. Doch:
sobald sie zugestellt sind, in den Redaktionen der Zeitungen, ist es für die erbitterten
staatlichen KämpferInnen für Ruhe,
Ordnung und Gesetz wieder Zeit, zuzuschlagen.

Werden die kriminalistischen Heerscharen den TäterInnen auf die Spur kommen? Was haben Mathias N. und seine FreundInnen mit inrer Aktion eigentlich bezweckt, und wie haben sie ihre Intentionen, ohne sich zu gefährden, auf Papier gebracht? Und wie wird sich wohl die Polizei weiter verhalten?

Diese und viele andere Fragen stellen sich auch in 14 Tagen wieder, wenn es auch im nächsten TATblatt wieder heißt: »Hoppala — auf den Spuren des prärevolutionären Treibens des Mathias N.«

# Lebt und lest radikal!

Vor einigen Monaten schrieben die Leute des ID-Archivs im Internationalen Institut für Sozialgeschichte (Amsterdam) an die Kontaktadresse "radikal" und baten die MacherInnen um Stellungnahmen zu einigen Fragen, die sich auf die Themen Zensur und illegale Zeitungsproduktion bezogen. Geplant war dieses Interview für den Band "Schwarze Texte — Zensur in der BRD. 1968 — heute". Die Antworten der radikal-MacherInnen waren aber viel zu ausführlich, um in diesen Band zu passen. So entschlossen sich die Menschen des ID-Archivs, dieses Interview als eigene Publikation herauszugeben — "radikal 1984 — 1989. Ein Interview"

(ID-Archiv im IISG/Amsterdam)

# KURZE GESCHICHTE DER RADIKAL:

1976 wird die radikal als "Sozialistische Zeitung für Westberlin" gegründet.

1978 laufen die ersten kleinen Verfahren gegen die radikal an, darunter eines wegen dem Nachdruck des "Buback-Nachrufs". Der presserechtlich Verantwortliche der Zeitung wird dafür zu 875.- DM Geldstrafe verurteilt. Die anderen Einschüchterungs- und Kriminalisierungsversuche enden aber meist ohne Erfolg für die Staatsgewalt, d.h. die Verfahren werden eingestellt bzw. es erfolgt ein Freispruch.

Im Februar 1982 erhebt die Staatsanwaltschaft zum ersten Mal Anklage nach § 129a, wegen des "Werbens für die terroristische Vereinigung 2.Juni". Da sich die dementsprechende Vereinigung jedoch juristisch nicht nachweisen läßt, kommt es zu keiner Hauptverhandlung. Doch das ganze Jahr ist die "Zeitung für unkonventionelle Bewegungen" von Bespitzelungen bis hin zu offensiven Observationen der HandverkäuferInnen ausgesetzt. Am 1.12. erfolgt dann der große Schlag der Berliner Staatsschützer. 14 Privatwohnungen, 2 besetzte Häuser, 3 Druckereien, 2 Buchläden, 1 Verlag, 1 Buchvertrieb, 1 Fotosetzerei sowie die Vereinsräume der "Zeitungskooperative" werden zum Auffinden von Beweismitteln, gegen die damals schon unbekannten VerfasserInnen und HerstellerInnen der radikal, durchsucht. Angeblich sollen zahlreiche Erklärungen der Revolutionären Zellen den Straftatbestand § 129a erfüllen.

Tatsächlich richtet sich die Repression aber gegen die Funktion der Zeitung. "radikal" ist in der Phase des Häuserkampfs das wichtigste Sprachrohr und Diskussionsorgan der autonomen Bewegung. Das Blatt ist maßgeblich an der Mobilisierung zu den Stör- und Protestaktionen gegen die Reagan Propaganda Show (10.11.82) und anderen unruhigen Ereignissen in Westberlin beteiligt.

Stellvertretend für die unbekannten Redaktionsmitglieder werden am 13. und 14.6.83 Michael Klöckner und Benny Härtlin wegen "Werbung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung verhaftet. Erst am 19.8.83, nach lautstarken öffentlichen Protesten, erhalten beide Haftverschonung gegen Zahlung von 30.000 DM Kaution. Vom November 83 bis März 84 findet der Prozeß gegen die beiden vor dem Berliner Kammergericht statt. Eine breite Solidaritätskampagne begleitet den Prozeßverlauf. Die Empörung gegen den Prozeßverlauf äußert sich neben vielen Protestaktionen der Linken auch in Teilen der bürgerlich-liberalen Öffentlichkeit.

Doch unbeeindruckt davon verurteilt Richter Pahlhoff ganz auf Linie der Staataanwaltschaft, nach 36 Prozeßtagen am 1.3.84 Klöckner und Härlin gemäß § 129a zu je 30 Monaten Haft. Michael Klöckner, weil er redaktionell mitgearbeitet, das Konto geführt und die Zeitung bei der Post aufgegeben haben soll.

Gegen Auflage von einer wöchentlichen polizeilichen Meldung wird beiden Haftverschonung gewährt. Bei den Wahlen zum Europaparlament werden beide auf der Liste der Grünen im Mai 1984 nach Straßburg gewählt. Im Mai 1985 wir die Immunität als Abgeordnete vom Europaparlament bestätigt.

Die Repression gegen die radiikal geht jedoch unvermindert weiter. Am 12.4. 84 werden erneut 2 Druckereien und die Wohnung zweier Leute im Zusammenhang mit der Herstellung der Zeitung durchsucht. Gegen eine Person, die später in den Niederlanden politisches Asyl beantragt, wird Haftbefehl erlassen. Das Bankkonto der radikal wird gesperrt und am 19.4. nehmen Staatsschützer jemanden bei der versuchten Öffnung des Postfachs fest. Das Postfach wird rund um die Uhr observiert und die ankommende Post beschlagnahmt. Um noch postalisch erreichbar zu sein, stellt die taz vorübergehend ihre Adresse zur Verfügung. Am 2.5.84 wird sie deshalb von der Staatsanwaltschaft durchsucht, alle eingegangenen Briefe werden beschlagnahmt'.

Ein paar Tage später erklären die MacherInnen der radikal, daß sie unter diesen Bedingungen nicht mehr weitermachen wollen und geben in der Nr. 126/127 die Einstellung der Zeitung bekannt.

Zur Überraschung vieler erscheint

einige Monate später die radikal erneut. Im Editorial der Nr.128 "Frohe Botschaft — Der Kampf geht weiter" ist zu lesen: "So Leute, habt ihr also gedacht es wäre zu Ende mit der radikal... Habt ihr sie schon auf der Liste der von "Verfassungsschutzorganen" totgeprügelten linken Initiativen angekreuzt und archiviert... Wir wollen nicht verhehlen, daß das Frohlocken darüber, der Repression ein Schnippchen geschlagen zu haben einen guten Teil der Motivation bei der Produktion dieser Nummer ausgemacht hat.

Und jetzt zu uns: Diese Zeitung kann nur versteckt geschrieben und produziert werden...

#### "EIN INTERVIEW"

In diesem Interview geht es um die Geschichte der Zeitung von 1984 bis heute, der Bezug der heutigen MacherInnen zur "alten" radikal (76-84), den Umgang mit dem Mythos des Blattes, der sich hauptsächlich am Namen festmacht, die Widersprüche der Illegalität und die Bedeutung der Repression, das Verhältnis zu den WiederverkäuferInnen, die Einschätzungenzum Abdruck von Anleitungen und Erklärungen, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu anderen linksradikalen Zeitungen.

Die Repression gegen die radikal bzw. gegen die angeblichen MitarbeiterInnen und WiederverkäuferInnen ist beispielhaft, für die staatliche Unterdrückung einer freien Widerstandspresse in der BRD. Doch trotz jahrelanger Kriminalisierung existiert die radikal noch. Deshalb ist eine Auseinandersetzung über Zweck, Notwendigkeit und Widersprüche illegaler Zeitungsproduktion sinnvoll. Um die Diskusion auch in Österreich führen zu können, erklärt sich das TATblatt bereit (eh klar;d.Koll.), diese Publikation weiterzuverbreiten. Konkret heißt das: "Ein Interview - radikal 1984-1989" ist über unsere Adresse erhältlich.

Die letzten Nummern der radikal sind im Infoladen Wien (Margaretengürtel 122-124/1/Keller,Mo + Do 15-19Uhr, Mi 17-21Uhr, Tel.:54 23 07) oder im Rotstilzchen (Margaretenstr.99, 1050 Wien, Mo-Fr 18-2 Uhr) erhältlich.

bezahlte Anzeige:

#### **Diskussion:**

# Versuch einer Einschätzung der Demo vom 15. 9. 89

Beginnen möchte ich mit der Vorbereitungszeit. Am 11. 8. 89 wurde bekannt gegeben, daß die Jahrestagsdemo auf den 15. 9. 89 verschoben wurde. Gründe dafür waren, daß die Demo überhaupt nicht vorbereitet wurde. Das sollte sich ändern. Es wurde zu einem Bündnistreffen eingeladen, wo VertreterInnen folgender Gruppen erschienen: KJÖ, KSV, ATIGF, Ägidis und einige Autonome. Während einerseits auf ein großes Bündnis mobilisiert wurde (eingeladen waren auch VertreterInnen von SJ und GPA-Jugend), tauchten andererseits schon die ersten Demo-Plakate auf. Beim ersten Bündnisplenum wurde überlegt, ein gemeinsames Flugblatt und ein Plakat zu entwerfen. Aufgrund der unterschiedlichen politischen Herangehensweisen wurde über einzelne Formulierungen oft stundenlang diskutiert. Der KSV stieg danach aus, die Grünen beteiligten sich überhaupt nicht, da nicht auszuschließen war, daß es auf der Demo zu Randale kommen könnte. Innerhalb der Autonomen war die Demo auch umstritten. Viele fragten sich, was kann diese Demo überhaupt bewirken? Vielen

war der Demoaufruf zu diffus und die Vorbereitungsphase zu kurz. So entstand dann eine komische Situation. Einerseits erschien das EAT THE RICH AGAIN und andere militante Demoplakate, andererseits stand auf dem Plattformflugblatt folgender Satz: Es tauchten auch Kleber mit sehr verbalradikalen Inhalten auf, die jedoch wenig später wieder vernichtet wurden.

Jetzt einiges zur Vorbereitungszeit. Waren bei den ersten Bündnistreffen wie gesagt KJÖ, KurdInnen und TürkInnen. Verein Wiener Jugendzentren, Zusammen etc. anwesend, wurde die Demo selbst aber nur von sehr wenigen Menschen organisiert. So kann dann auch kaum mehr von gemeinsamen Vorgehen gesprochen werden. Ähnlich war die Situation auch auf den Autonomen-Plenas. Aufgrund der geringen TeilnehmerInnenzahl und der großen Fluktuation auf den Plenas gab es kaum gemeinsame Einschätzungen über politischen Sinn und Vorgehen auf der Demo. Mehr oder weniger wurde dann individuell für die Demo mobilisiert. Es gab zwar ein Plakat, aber dieses wurde kaum

von uns plakatiert.
Zu einem gemeinsamen Flugblatt
reichte es jedoch
nicht. Das hat
meiner Meinung
nach folgende
Gründe:

- 1) noch immer unausgesprochene Wickel wegen der Vergewaltigungsdis kussion. <sup>1</sup>
- 2) Unausgesprochenes wegen des Vorgehens während des Hungerstreiks

(siehe Anti 8)

- 3) seit der letzten Autonomen-Vollversammlung im Mai gab es in größerem Rahmen kaum Auseinandersetzun gen und Diskussionen zwischen uns.
- 4) inhaltliche Auseinandersetzun gen über mögliche Perspektiven und über mögliche Strategien finden nicht im großen Rahmen statt. Mir erscheint aber, daß es Unterschiede über die

Form des Kampfes gibt, darüber aber wird nicht geredet.

5) wie schon vorher erwähnt, sahen viele keinen Sinn in der Demo und hatten deshalb keine Lust, sich an der Vorbereitung zu beteiligen.

Folgendes wurde aber dann doch mit Teilen der Ägidis besprochen. Wir wollten aus dem Opernball lernen und versuchen unsere Inhalte besser rüberzubringen. So wollten wir Infostände vor Berufsschulen machen. Dies scheiterte jedoch an mangelnder Teilnahme. Eine andere Form der Mobilisierung gelang uns jedoch. Samstag, 9. 9. 89 und Mittwoch 13. 9. 89 fuhr ein Lautsprecherwagen durch Wien um für die Demo zu mobilisieren. Vor allem die Mobilisierungsbeiträge auf Türkisch erregten Aufsehen in Teilen des 15,16,und 17ten Bezirks. Auf jeden Fall war diese Art der Mobilisierung recht lustig und wir konnten inhaltlich einiges rüberbringen. Auch ein Piratensender mobilisierte für die Demo. Gleichzeitig überlegten wir uns wie wir uns, besser als am Opernball schützen können. Dabei kamen wir überein, als fester Block aufzutreten und dabei den Demo-Bus vor Polizeiübergriffen zu schützen. Da bis zuletzt unklar war, ob die Demo nicht untersagt wird, diskutierten wir lange wie wir die Demo trotzdem durchsetzen könnten. Für viele von uns war es so, daß wir wenig Bock darauf hatten, uns als kleiner Haufen mit Bullen zu prügeln. So wollten wir erst losgehen, wenn wir mindestens 1000 Personen wären. Das war von der Annahme geprägt, die Demo würde verboten werden. Bis zuletzt war unklar, wer im Demobus drinnensitzt und vor allem, wer ihn fährt. Weiters wollten wir die Demo besser koordinieren. Es sollte versucht werden, über alle möglichen Ereignisse möglichst schnell informiert werden. (Dazu schreib ich aber nichts, da die Bullen sicher mitlesen). Aber soviel sei gesagt auch diesmal funktionierte die Koordination innerhalb der Demo kaum. Da also sehr viel unklar war und es außerdem regnete hatten viele von uns ein sehr mulmiges Gefühl. Dies wurde noch verstärkt, als zum letzten Plenum, die erste Demo-Reihe nicht anwesend war. Außerdem gab es Streit wegen der Rechtshilfe.

Am Fr. 15. 9. 89 wurde der Demo-Bus erst knapp 2 Stunden vor der Demo organisiert. Die Medien hetzten wie üblich oder schwiegen die Demo tot. Witze-Bürgermeisterin Smekal hat es jedoch kapiert. Am Mi. meinte sie in *Wien Heute*, es gehe um mehr als nur um die Häuser. Es gehe einigen Gruppen nur darum, die Widersprüche zu verschärfen. Zusammenfassend möchte ich sagen, daß sowohl die inhaltliche Auseinandersetzung als auch die Mobilisierung besser funktionieren hätten





1050 Wien
re Amtshausgasse 38
Tel. 0222/5543432
6830 Rankweil
Hadeldorfstraße 12
Tel. 05522/2/1933

In den 3.Welt-Läden

können. Da wir seit dem OB. nicht oder kaum nach außen gingen war es letztendlich nur eine Demo der "Linken".

Doch für mich gab es nicht nur negative Sachen. Positiv war die Tatsache, daß diverse Flugblätter und Demo-Plakate von verschiedenen Gruppen(Einzelpersonen) gemacht wurden und daß ein Mobilisierungsbus durch Wien fuhr.

Nun zur Demo selbst:

Es waren weniger Personen (800-1000) als ich erwartet hatte. Die Demo wurde zwar nicht verboten, dafür wurden wir von Anfang an eingekesselt. Ein bis zu diesem Zeitpunkt nicht gekanntes Polizeiaufgebot in Kampfausrüstung begleitete uns, bzw. wurden alle Seitenstraßen neben der Demo abgeriegelt. Am Treffpunkt mußten wir sehr lange auf den Demo-Bus warten, da er erst viel zu spät organisiert wurde. Dafür filmten Bullen, Fernsehen und andere wie die Wilden. Um ca 20 Uhr setzte sich die Demo in Bewegung. Bei einem Nachbereitungsplenum wurde kritisiert, daß wir uns die Geschwindigkeit von einem ORF-Bus diktieren ließen. Die Anlage auf dem Bus funktionierte nicht besonders, sodaß nur wenige Reihen hinter dem Bus die Redebeiträge mitbekamen. Es gab Reden zum Justizpalast, zum Hausbesitzerverband, zum Rathaus, LGI, zur CA, etc. Diese Reden verstand aber leider kaum wer. Weiters sollten wir uns überlegen, welche Parolen wir schreien wollen. Diesmal riefen wir immer die gleichen Parolen (Hoch die...., Ausländer bleiben -Nazis vertreiben, Miete ins Sparschwein -Kündigung ins Klo — Häuserbesetzen sowieso). In der Höhe der Auersbachstraße kam es zu Tumulten im hinteren Teil der Demo. Aufgrund des schlechten Infoaustausches innerhalb der Demo bekam jedoch der vordere Teil nicht mit, was passierte. Uns war bis zuletzt unklar, ob wer verhaftet wurde. Nach diesem Zwischen-



fall ging es ohne weitere Störversuche seitens der Bullen in die Innenstadt. Von Deeskalation war in den Medien die Rede, was angesichts von 1000 Bullen in Kampfausrüstung reiner Hohn ist. In der Kärntnerstraße provozierten einige Glatzen<sup>2</sup> im Schutze der Polizei. Leider konnten wir ihnen nicht ihr Maul stopfen und so begnügten wir uns mit "Ausländer bleiben -Nazis vertreiben"-Sprechchören. Bis zur Abschlußkundgebung am Karlsplatz blieb die Demo "friedlich". Als die Demo aus war, machten wir einen entscheidenden FEHLER. Wir zogen zwar in größeren Gruppen ab, aber die beiden Busse (Sanität, Lautsprecher) ließen wir ungeschützt wegfahren. Anscheinend mußten die Bullen Erfolge aufweisen, welche das große Polizeiaufgebot rechtfertigten. In Rambo-Manier stoppten sie die Busse um diese zu durchsuchen. Innerhalb kürzester

Zeit solidarisierten sich Menschen mit den von den Bullen Festgehaltenen. Im Zuge dessen kam es zu Rangeleien und eine Person wurde festgenommen. Durch das sofortige solidarische Handeln konnten jedoch weitere Festnahmen verhindert werden.

Fazit der Demo:

Trotz der Medienhetze und dem schlechten Wetter demonstrierten zwischen 800 und 1000 Personen. Wir ließen uns auch durch dieses riesige Polizeiaufgebot nicht provozieren. Zu der TeilnehmerInnenzahl wäre zu sagen, daß dies fast eine reine "Szene-Demo" war. Anders als am Opernball konnten wir diesmal kaum Menschen außerhalb der "Szene" mobilisieren. Das braucht uns aber nicht zu verwundern, da wir die Öffnung nach außen, die wir nach dem Opernball anstrebten, niemals durchführten. Wir sollten uns fragen, was bringen solche Demos wie die am 15.9.89, wenn dann wieder monatelang nichts von uns zu sehen/hören ist. Es gab viele Menschen die Schwierigkeiten mit der Demo hatten. Darüber zu schreiben erspar ich euch, aber es wäre wieder an der Zeit, uns zusammenzusetzen und über unsere Perspektiven und über unsere Strategien zu sprechen. Sollte uns das nicht gelingen, gehe ich davon aus, daß die nächsten Demos noch viel beschissener abrennen werden. Es sollte in größerem Rahmen über Sinn und Unsinn von Demos gesprochen werden.

DENKT DARAN, DER 500. TAG DER RÄUMUNG IST DER 24. DE-ZEMBER, bis dahin gibt es noch viel zu tun (auch nachher).

<sup>1</sup> Gegenstand dieser Diskussion ist eine Vergewaltigung in der autonomen Szene

<sup>2</sup> nicht- oder nur kurzbehaarte Jugendliche, die nationalsozialistischem Gedankengut frönen, gemeinhin auch *Skinheads* oder *Faschos* genannt.



Skinheads und andere Faschos beim Demo-Provozieren

#### Hallo, liebe Leute!

Jetzt setz ich mich endlich einmal hin und schreibe Euch einen Brief, wie ich die Entwicklung des TATblatts beobachtet habe.

Verzeiht mir bitte, daß ich "Leser" und nicht "LeserInnen" schreibe. Das hat seinen Grund nicht darin, daß mir Gleichberechtigung der Frau nichts sagt, sondern darin, daß ich der Auffassung bin, Gleichberechtigung sei etwas, was man tut und nichts, wovon man groß redet, vor allem, wenn es das Schriftbild holprig macht. Für mich ist Gleichberechtigung eine solche Selbstverständlichkeit, daß ich mich und alle anderen (als letztes Euch!) nicht ununterbrochen daran erinnern muß.

Es erstaunt mich immer wieder, wieviel Energie Ihr investiert und ich bin echt positiv überrascht, daß Ihr es bereits zu einem zweiten Computer, einem Telefonmodem und demnächst auch zu einem Laserdrucker gebracht habt. Alle Achtung.

Das ist mal die Primärseite, die Seite der Zeitung-Produzierer.

Ich betrachte mal ein bischen die Sekundärseite, die Seite der Zeitungs-Leser.

Ein berühmter Schriftsteller hat einmal gesagt, eine Publikation ist dazu da, um geschrieben zu werden, erst an zweiter Stelle, um auch gelesen zu werden. Von dieser Warte aus ist das TATblatt sicher optimal, Euch macht es doch sicher Spaß.

Ich vermisse am TATblatt aber noch immer ganz wesentliche Kriterien einer Zeitung, die es ob seiner Leserschaft eigentlich haben sollte:

#### a) Zielgruppe:

Die Leser des TATblattes stammen demoskopisch gesehen alle aus der A- und allerhöchstens aus der B-Schicht (Kurz: A:Akademiker, B:Maturanten, C:Pflichtschule, D:darunter).

Charakteristisch für diese Zielgruppe ist vor allem, daß diese Leute imstande sind, aufgrund von Fakten und persönlichem Wissen sich eine eigene Meinung zu bilden und sie diese nicht à la Kronenzeitung vorgekaut bekommen zu müssen. Eine Zeitung für diese Zielgruppe muß a priori imstande sein, wenn schon nicht objektiv, so zumindest möglichst wertneutral berichten zu können. Ein Bericht (kein Kommentar!) über "Bullenschweine" ist (ob jetzt richtig oder falsch berichtet) einfach untragbar. Für eine Information ist ein Bullenschwein auch ein Polizist, unabhängig von seinem Handeln.

Die zweite Segmentierungsart Eurer Zielgruppe geht sicher dahin, daß Eure Leser sicher in einem Alter sind, in dem sie noch nicht gewillt sind, sich mit Unrecht abzufinden, also unter 40 Jahren etwa und politisch sicher dem linken Spektrum angehören.

Daß eine Zeitung mit dieser Zielgruppe und dem Leitspruch, unterdrückte Nachrichten zu produzieren, nicht wertfrei sein soll, ist wohl ebenso offensichtlich. Was man aber von jeder Zeitung und erst recht vom TATblatt verlangen kann, ist, Meldung und Meinung zu trennen.

#### b) Berichtstil:

Eine eindeutig orientierte Zeitung (Das ist sie aus ihrem Selbstverständnis heraus), die unterdrückte Nachrichten produziert, hat die Aufgabe, nicht Meldungen mit einer dazugeformten Meinung zu vermitteln, sondern auch das Umfeld der Meldungsinhalte auszuleuchten, um die Bildung einer eigenen Meinung zu ermöglichen.

Was ich damit meine:

Ich weiß durch Meldungen im TAT-blatt recht genau, wie es um die ehemaligen Bewohner der Aegidi im WUK geht. Was ich nicht weiß, und was trotzdem in keiner "etablierten" Zeitung steht, ist, wie es denn zu der Situation, daß das WUK und die ehemaligen Besetzer nicht vertragen, gekommen ist und worin die Unterschiede, vor allem in Ansichtssachen bestehen. Ich bin einfach nicht gewillt, eine Meinung anzunehmen, ohne die adaequate Information geliefert zu bekommen.

"In den wenigen Artikeln, die ich bis jetzt fürs TATblatt geschrieben habe, ist es mir sehr stark um diesen Aspekt gegangen, bis jetzt ist er im TATblatt fast gänzlich untergegangen. Einen Artikel über das EG-Nachtfahrverbot liegt übrigends bei.

#### c) Inhaltlich:

Leser Eurer Zielgruppe sind durch andere Medien grundinformiert. Es ist also wenig sinnvoll, im TATblatt z.B. über die Ereignisse in China berichten zu wollen.

Das TATblatt soll und kann das liefern, was die Leute in den anderen Massenmedien nicht finden: Eigene Analysen, eigene Kommentare dazu. Daß z.B. Zimmermann gegen das Nachtfahrverbot und die 60Km/h-Beschränkung für die Flüster-LKWs wettert, weiß jeder. Nicht jeder weiß vielleicht, welche Lobbies und Interessensverbände ihn dazu treten. Er ist doch selbst nicht davon überzeugt, sondern

nur eine Marionette seiner Hintermänner oder seiner selbst.

Diese Gründe, vor allem aber das krasse Unvermögen (das muß ich Euch wirklich vorwerfen!), zwischen Meldung und Meinung zu trennen, haben mich bis jetzt auch davon zurückgehalten, einen Baustein mein eigen nennen zu wollen.

#### d) Layout:

Das TATblatt könnte vielleicht langsam etwas einer Zeitung ähneln, die ein Maximum an Text auf ein Minimum an Zeitungspapier bringen will. Das verbessert das Schriftbild und spart Geld, weil die Zeitung dünner wird.

- Der Ventura kann außerdem LINIEN malen. Diese etwas großzügiger verwendet würden sicher helfen, zu verhindern, daß man plötzlich in einem anderen Artikel weiterliest.
- Die Titel könnten etwas treffender auf den Inhalt hinweisen.
- Der Ventura kennt "öffnende" (") und "schließende" (") Gänsefüßchen. Das würde z.B. das Schriftbild leichter lesbar machen.
- Vielleicht könnte man den Ort der Handlung an den Anfang des Textes (fett) setzen wie:

Wien - (tb): Eine mitgebrachte Walze auf LKW-Reifen, die die EG...

- Die Kopfzeile sollte besser schriftlich (Helvetica?) und mit Linien zum Text hin abgetrennt sein. Das verstärkt die Lesbarkeit.
- Die Tabelle im TATblatt-88, Seite 11 ist doch einfach danebengegangen!

Ich würde ganz gerne auch mal selber mit Euch reden, aber ich hab im Moment sogar sehr wenig Zeit für mich, geschweige denn für anderes als die Verpflichtungen, denen ich nicht auskomme. vielleicht wirds im Juli besser.

Ich wünsch euch allen ein Riesenpaket Liebe & Kraft,

**Euer Claus** 

#### Liebes Tatblatt!

Da mir jener Nebensatz von Seite 23 in Minus 86 immer wieder hochkommt, nun dieser Brief:

Ihr schreibt also, daß Ihr (wir) ein Gegenmedium werden sollen, das die Breite des linken Widerstandes widerspiegelt. Das ist vom Anleigen hier vollkommen in Ordnung, nicht zuletzt deshalb, weil da was Liberales (libertäres?) mitschwingt.

Aber was heißt: "linker Widerstand"? Da es m.E. keinen rechten Widerstand geben kann, gibt es nur e i n e n Widerstand — und der ist unserer! Links sein und Widerstand leisten ist ident! Und das ist keine Wortklauberei, sondern ein wichti-

ges Selbstverständnis!

Was ist rechts? Z.B. die ÖVP, die FPÖ. der Herr Krenn — da ist eh alles klar. Und noch weiter rechts? Nationalisten, Rassisten usw... Also auch alles klar.

Q.e.d. Euer Gliedmit

#### Liebe TATblatt-Leute!

Euer Afrika-Artikel war wirklich SEHR lustig. Weiter so!

Peter

# **Betrifft: TATblatt**

# A Wahnsinn normal!

Entgegen dem, was wir im letzten »Betrifft TATblatt« geschrieben haben, fehlt es uns seit 28. September nicht mehr an einem größeren Büro. Eine TATblatt-Mitarbeiterin hat ihr Sparbuch geplündert, und die Kosten für Kaution, Vermittlungsprovision und das ganze Zeug vorgestreckt. Außerdem haben wir alle weiteren Bedenken, von wegen Nicht-leisten-können-und-so über Bord geschmissen, und jetzt haben wir also einen Mietvertrag, über ein irrsinnig leiwandes und großes, mehrräumiges Büro, gleich bei der Stadtbahnstation Gumpendorferstraße. Natürlich müssen wir uns jetzt schon ein bißchen anstrengen, damit wir mit dem Bezahlen nicht in Schwierigkeiten zu kommen, aber wir wollten ohnehin den TATblatt-Verkauf ankurbeln. Und gar nicht so wenig von dem, was wir in letzter Zeit so vorgehabt haben, ist schließlich daran gescheitert, daß das Arbeiten in unser kleinen Höhle einfach die Hölle war (siehe fast alle bisher erschienenen Betrifft-TATblatt-Artikel).

Wir erwarten uns also für die Zukunft angenehmere Arbeitsbedingungen, mehr Möglichkeiten, und somit schließlich ein besseres TATblatt.

Ein Problem, das es natürlich noch zu meisterInnen gibt, ist, daß unser neues Büro derzeit natürlich noch in einem Zustand ist, der noch nicht so recht unseren Ansprüchen gerecht wird: Keine funktionierenden Öfen, keine funktionierenden Stromleitungen, keine Einrichtung und so weiter. In der nächsten Zeit gibt es also ziemlich viel zum Hackeln. Und da haben wir ein bißchen an all jene gedacht, die vielleicht ohnehin schon mal so ins TATblatt hineinschnuppern wollten, bislang aber sich nicht so richtig überwinden konnten. So handgreiflich war es noch nie erfahrbar, wie sehr wir Unterstützung brauchen. Nebst tatkräftiger Mitarbeit (renovieren,...) bräuchten wir aber auch allerhand Sachen. Falls dir beispielsweise daheim irgendein unbenutzter Allesbrennerofen ohnehin immer schon im Weg herumgestanden ist, oder du deinen Schreibtisch nicht mehr brauchst, oder du Kabeln, Rohre, schier alles mögliche zuviel hast,... wir würden uns sehr freuen.

Falls du dir vorstellen könntest, entweder durch Rat, oder Tat, oder dadurch, daß du uns etwas schenkst, dem TATblatt in diesen schweren Stunden zu helfen, so setze dich bitte mit uns in Verbindung. Zum Beispiel beim nächsten TATblatt-Café (jeden Montag um 16 Uhr).

Alle unsere Treffen (Plena, Café,...) finden bis auf weiteres weiterhin im alten Büro statt. Über die dortige Adresse und Telefonnummer sind wir auch weiterhin erreichbar. Den Zeitpunkt der Umsiedlung, und unsere neue Adresse werden wir rechtzeitig im TATblatt bekanntgeben.

Obwohl wir uns mit unserer Arbeitszeiteinteilung sicherlich wie üblich verzetteln werden, kommt das TATblatt natürlich auch weiterhin regeſmäßig und pünktlich heraus. Für Artikel, Reaktionen, usw sind wir offen wie immer...

In diesem Sinne noch ein inhaltlicher Punkt: Im letzten TATblatt haben wir bei dem Artikel über die Elektroschock-Behandlungen an politischen Gefangenen in der BRD vergessen, die Adresse von Silvia Engelke (von ihr stammte der Brief) dazuzuschreiben. Dies wollen wir hier nun nachholen, mit dem wichtigen Hinweis, daß es leiwand wäre, ihr Briefe zu schicken: Silvia Engelke; Haus 13, 5000 Köln-Ossendorf: BRD

nun denn, bis zum nächsten TATblatt:

Baba, Liebe und Kraft!

Einer vom TATblatt-Kollektiv.

# **TATblatt**

# SUCHT:

# Das große G E L D

Unsere Schulden sind mit unserem Büro in bisher ungeahnte Dimensionen gewachsen. Jetzt können uns nur mehr viele Abos, Förderabos, Mitgliedsbeiträge und Spenden weiterhelfen.

Erlagscheine gibts auf jedem Postamt, und vielleicht auch in diesem TATblatt.

Empfängerin: Unabhängige Initiative Informationsvielfalt,

P.S.K. 7547 212

# **Termine:**

5. Oktober 1989, 19.30 Uhr WUK (Wien 9, Währinger Straße 99) Anläßlich des 8. Geburtstages: Podiumsdiskussion zum Thema »Theorie und Praxis von Solidarität in der Kultur/Politszene«
7. Oktober: Tag der offenen Tür

## Frauen-Rechtshilfe-Fest

mit den Sirenen (Schweizer Frauenband) am Freitag, 13. Oktober 1989 um 21 Uhr im Frauenzentrum Wien, Wien 9, Währingerstraße 59/6 2. Stock Eintritt S 80. –

20. Oktober, 19 Uhr (pünktlich!)
Info-Veranstaltung
"Haftbedingungen in '10erl' und in Stein"
TU-Club, Wien 4, Paniglgasse 1

# **TATblatt**

NACHRICHTEN AUS DEM WIDERSTAND

Das TATblatt ist eine selbstverwaltete Zeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten, die derzeit alle vierzehn Tage erscheint.

Das TATblatt versteht sich als weitgehend »offene Zeitung«. Bitte: Schickt uns Artikel, Kommentare, LeserInnenbriefe, Infos, Termine, usw usf. Die Entscheidung, welche Artikel in die Zeitung kommen, wird in den TATblatt-Plena getroffen. Die Plena sind allen Interessierten zugänglich und finden jeden Donnerstag um 19 Uhr im Wiener TATblatt-Büro statt.

Aus der Vielfalt der Autorinnen der Artikel, und dadurch, daß viele Artikel uns nur zugesandt werden, die Autorinnen aber oft nicht zu Plena kommen, um die Artikel zu diskutieren, ergibt sich, daß nicht alle Artikel vollinhaltlich der Meinung des »Kollektivs« entsprechen können. Aufschluß über die Verfasserinnen der Artikel und etwaige Änderungen durch das Kollektiv, geben die Quellenangaben. Das Kollektiv behält sich vor, Artikel, in Hinblick auf geschlechtsneutrale Schreibweise gegebenenfalls zu korrigieren, ohne extra darauf hinzuweisen.

Aus Sicherheitsgründen — um Behörden keinerlei Rückschlüsse darauf zu ermöglichen, welche Artikel von welcher Person geschrieben wurden, bzw welche MitarbeiterInnen eher unbedenkliche, welche hingegen eher brisante Themen bearbeiten — werden alle Artikel grundsätzlich nicht namentlich gekennzeichnet. Bei eingesandten Artikel erfolgt eine volle Namensnennung nur dann, wenn dies ausdrücklich gewünscht wird.

# TATblatt-Gruppen gibt es derzeit in Wien, Graz und Linz;

#### **TATblatt-Wien:**

1050 Wien, Margaretengürtel 122-124/Stiege 1/Keller

Telefon: (0222) 54 23 07

Postanschrift: 1050 Wien, Postfach 282

#### **TATblatt-Plenum:**

jeden Donnerstag um 19 Uhr

#### **TATblatt-Café:**

jeden Montag um 16Uhr

die ideale Möglichkeit in ungezwungenem Gespräche das TATblatt »von innen« kennenzulernen (alle zwei Wochen verknüpft mit dem Zusammenlegen und Versenden des neuen TATblatts)

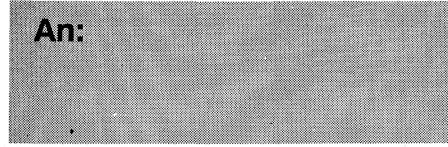
#### **TATblatt-Graz:**

Treffen alle 14 Tage: Zeit und Ort bitte telefonisch erfragen, Kontakt-Telefonnummern:

(0316) 96 23 63 (Elisabeth) (0316) 83 57 79 (Christof)

#### **TATblatt-Linz:**

Treffen: jeden Mittwoch 20 Uhr Andreas Hofer Stüberl Andreas Hoferplatz 3 4020 Linz P.b.b. Verlagspostamt 1050 Erscheinungsort Wien



Achtung AbonnentInnen: Die letzte Ausgabe des TATblatts, die du um dein Abo zugesandt bekommst, ist unterhalb deines Namens in doppelter Klammer vermerkt. Bei etwaigen Unklarheiten oder Fehlern bitte bei uns anrufen, oder uns schreiben!

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1050 Wien; Margaretengürtel 122-124 / Stiege 1 / Keller Postanschrift: 1050 Wien; Postfach 282

Telefon: (0222) 54 23 07

Bankverbindung/Konto: PSK 7547 212

DVR Nr: 0558371 Druck: Eigendruck

#### Das TATblatt im Abo

Ein TATblatt-Abonnement kostet innerhalb Österreichs S 96. – für zehn Ausgaben, oder S 190. – für zwanzig Ausgaben. Ein Auslandsabo kostet S 150. – (10 Ausgaben) bzw S 300. – (20 Ausgaben).

Die Abos gibt's nur gegen Vorauszahlung! Also einfach Erlagschein ausfüllen und einzahlen. Sobald das Geld bei uns ist, beginnt das Abo zu laufen.

Außerdem gibt es auch die Möglichkeit eines Förderabos: Du bestimmst selbst, wieviel du zahlen möchtest (mindestens natürlich S 97. – für zehn respektive S 191. – für zwanzig Ausgaben, im Ausland mindestens S 151. – bzw S 301. –... eh klar, oder?).

Am Besten die Erlagscheinvordrucke, wie sie jedem TATblatt beiliegen, wenn sie nicht herausgefallen sind, verwenden. Ansonsten bitte wie folgt ausfüllen:

Konto: P.S.K. 7547 212; Empfängerin: Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; Verwendungszweck: Abo (Förderabo) für ...Nummern; usw...

# Mitgliedschaft

Die Unabhängige Initiative Informationsvielfalt ist Herausgeberin des TATblatts. Die Statuten schicken wir dir auf Wunsch gerne zu. Die Mitgliedsgebühr beträgt ab sofort nur mehr 1. – pro Tag. Das sind im Monat so zirka 30. – Diese dreißig Schilling nach Belieben verdoppeln, verdreifachen, vervierfa-

chen, vervielfachen, und regelmäßig auf unser Konto überweisen (beispielsweise mittels Dauerauftrag). Mitglieder erhalten das TATblatt selbstverständlich ebenfalls regelmäßig zugeschickt. Wenn du an einer Mitgliedschaft interessiert bist, schicke uns noch heute eine Postkarte!

## Einzelverkaufsstellen

(Stand September 1989)

# Wien: Buchhandlungen:

- Südwind (1, Kleeblattgasse 4)
- Brigitte Hermann (1, Grünangerg. 1)
- Winter (1, Landesgerichtsstraße 20)
- Kolisch (1, Rathausstraße 18)
- Buchwelt (9, Schwarzspanierstr 15)
- Litera Tours (9, Kolingasse 6)

# • Schiebl (10, Laxenburgerstraße 48) diverse Läden:

- EZA (5, Obere Amtshausgasse 38)
- VKA (6, Stiegengasse 20)
- Naturmarkt St Josef (7, Zollerg 26)
- Bioladen Makrokosmos (8, Strozzigasse 38)
- Naturkostladen Kutschkermarkt (18, Kutschkergasse 29)

#### Beisin:

- TU-Club (4, Paniglgasse 1)
- Rotstilzchen (5, Margaretenstraße 99)
- KuKu (6, Linke Wienzeile 98)
- KOMM 24 (14, Baumgartner Höhe 1; Pavillon 24; täglich 14 bis 17 Uhr)
- Club International (16, Payerg 14)
- B.A.C.H./Stadtteilzentrum Ottakring (16, Bachgasse 21; ab Oktober)s

#### außerdem:

- ARGE f Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit (1, Schöttengasse 3a/1/4/59)
- Infoladen (5, Margaretengürtel 122-124 / Stiege 1 / Keller; geöffnet nur Di & Do 17-21 Uhr, Mi 15-19 Uhr)

#### Graz:

- Dradiwaberl (Tummelplatz 6; Antiquariat Zinzendorfergasse)
- ÖH-GEWI (Schubertstraße 2-4; Zi. 5)
- Bücherstube (Prokopigasse 16)
- Techn. Fachbuchhandlung SPÉCTRUM (Schörgelgasse 9)

#### Linz:

- Alternativladen (Zollamtsstraße 20)
- Bad-Café (Badgasse 7)

#### Schwertberg:

Kulturverein Kanal (Schwertberg, Joseftal 21)

Wir suchen laufend weitere Verkaufsstelen! Die Verkaufstellen werden laufend mehr!